

Calwer Zeitung

HEIMATAUSGABE FÜR

STADT UND LAND

FREITAG, 2. FEBRUAR 1951

ÜBERPARTEILICHE TAGESZEITUNG

7. JAHRGANG / NR. 18

Militärdienst-Befreiungsgesetz vertagt

Bundestag berät Lastenausgleich / Gesetz über Wohnungseigentum

BONN. Der Bundestag beschloß am Donnerstag mit Mehrheit, einen Gesetzentwurf zur Militär- und Dienstpflichtbefreiung von der Tagesordnung abzusetzen. Der entsprechende Antrag wurde von dem FDP-Abgeordneten Dr. Öllers mit der Begründung gestellt, daß eine Erörterung dieses Punktes für das deutsche Volk gegenwärtig nicht zweckmäßig erscheine. Man solle abwarten, bis die Viermächtekonferenz stattgefunden habe.

Der Gesetzentwurf war vom Zentrum eingebracht worden. Darin wird gefordert, daß niemand zum Dienst in einer deutschen Wehrmacht wider seinen Willen gezwungen werden dürfe. Außerdem solle es unzulässig sein, über wehrdienstfähige Personen Listen zu führen oder eine amtliche Befragung über geleisteten Wehrdienst und über die Bereitschaft zum Wehrdienst vorzunehmen sowie Vermerke in Personalakten oder behördlichen Aufzeichnungen zu führen.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Reismann, der einen Absetzungsantrag ablehnte, erklärte, es sei nunmehr höchste Zeit über ein Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, das bestimmt, daß kein Deutscher gegen seinen Willen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden könne, zu sprechen. Es bestehe kein Zweifel, daß die Remilitarisierung vom deutschen Volke abgelehnt werde.

Während der Ausführungen Reismanns steigerte sich die Unruhe im Hause zu teilweise heftigen Für- und Gegenrufen.

Auf seiner vorletzten Sitzung am Mittwoch beschäftigte sich der Bundestag mit dem Lastenausgleichsgesetz.

Bundesfinanzminister Schäffer begründete den Regierungsentwurf zum Lastenausgleich, der vor allem den Vertriebenen und Bombenbeschädigten helfen und ihnen neue Existenzgrundlagen schaffen will. Schäffer appellierte an die Welt, die großen sozialen Anstrengungen des deutschen Volkes als echten Verteidigungsbeitrag im Dienste des Friedens anzuerkennen. Er bezifferte das voraussichtliche Lastenausgleichsaufkommen auf 1,7 Milliarden DM jährlich. Die Bundesregierung hält entgegen den Vorschlägen des Bundesrates, der überwiegend soziale Maßnahmen mit den Lastenausgleichsgeldern finanziert wissen wollte, an einem echten quotalen Ausgleich

der Vermögensschäden fest. Auf sozialem Gebiet, sagte Schäffer, seien andere Gesetze, wie z. B. das Bundesversorgungsgesetz, notwendig.

Der Lastenausgleichsentwurf der Bundesregierung sieht vor, daß private Personen einen Ausgleich für Verluste und Schäden erhalten, die sie durch die zwangsweise Aufgabe ihrer Heimat durch Bombenschaden und — mit gewissen Einschränkungen — durch die Währungsreform erlitten haben. Das gesamte am Währungsstichtag vorhandene Vermögen soll mit 50 Prozent seines Wertes belastet werden. Die Belastung ist in 30 Jahren zu tilgen. Die Verzinsung soll, je nach dem Ertragswert des Vermögens, verschieden sein.

Den Regierungsentwurf lehnte Abg. Kriedemann (SPD) ab, da er in erster Linie die Soforthilfe abbaue. Die SPD werde in den bevorstehenden Ausschüßberatungen versu-

chen, den Entwurf nach „menschlichen Gesichtspunkten“ umzugestalten.

Auch Dr. Kather (CDU/CSU) lehnte als Sprecher der Geschädigten den Regierungsentwurf ab, der durch die vom „Egoismus der Länder“ diktierten Bundesratsvorschläge noch verschlechtert worden sei.

Ein Sprecher des BHE lehnte den Entwurf „grundsätzlich“ ab und warnte vor einer Verschärfung der Gegensätze, die „zum offenen Kampf“ ausarten könnten.

Nach siebenstündiger Debatte wurde der Entwurf dem Lastenausgleichsausschuß überwiesen.

In zweiter und dritter Lesung verabschiedete der Bundestag ein Gesetz über das Wohnungseigentum und Dauerwohnrecht.

Zu Beginn seiner Sitzung hatte der Bundesrat des 67. Geburtstages des Bundespräsidenten gedacht, der am Mittwoch die Glückwünsche der Länder, des Gewerkschaftsbundes und der alliierten Hohen Kommission entgegennehmen konnte. Aus allen Teilen des Bundesgebietes gingen dem Bundespräsidenten zahlreiche Gratulationen und Geschenke zu.

Politischer Ausschuß verurteilt Peking

Amerikanische Resolution mit großer Mehrheit angenommen

LAKE SUCCESS. Mit überwältigender Mehrheit — 44 gegen 7 Stimmen — brandmarkte der politische Ausschuß der UN-Vollversammlung am Mittwoch auf einer Sondersitzung das kommunistische China als Angreifer in Korea. Acht Staaten enthielten sich der Stimme. Damit wurde die für die Annahme eines Antrags erforderliche Zweidrittelmehrheit weit überschritten. Gegen die Resolution stimmten die Sowjetunion, Weißrussland, die Ukraine, Polen, die Tschechoslowakei, Indien und Burma. Der Stimme enthielten sich Afghanistan, Ägypten, Indonesien, Pakistan, Schweden, Syrien, der Jemen und Jugoslawien. Saudiarabien blieb der Abstimmung fern.

Der Vorschlag der Gruppe der asiatisch-arabischen Länder zur Einberufung einer Siebenmächtekonferenz über fernöstliche Probleme wurde abschnittsweise mit 27 gegen 18 Stimmen bei 14 Enthaltungen abgelehnt.

Die amerikanische Resolution hat mit Zustimmung der USA einige abmildernde Änderungen erfahren. Die Entschliebung sieht außer der Verurteilung Pekings vor, daß der UN-Ausschuß für Kollektivmaßnahmen die Frage prüft, welche Sanktionen gegen die chinesische Volksrepublik verhängt werden können. Außerdem wird Peking aufgefordert, seine Streitkräfte aus Korea zurückzuziehen, während die UN-Mitgliedstaaten aufgerufen werden, den Kampf in Korea fortzusetzen und sich jeder Hilfe für die „Aggressoren in Korea“ zu enthalten.

Der Sicherheitsrat der UN beschloß einstimmig, die Koreafrage von der Tagesordnung abzusetzen, um — eine verfahrenstechnische Frage — der UN-Vollversammlung die Entscheidung über die amerikanische China-Resolution zu ermöglichen.

Erneut umstritten

BONN. Ein Sprecher des deutschen Gewerkschaftsbundes kündigte am Donnerstag eine Protestnote an den Bundeskanzler und den Bundespräsidenten gegen den Regierungsentwurf zum Mitbestimmungsrecht an, wobei er mitteilte, daß gegen den § 13 des Regierungsentwurfs über das Mitbestimmungsrecht in der kohlen- und eisenschaffenden Industrie Einspruch erhoben werde, der vorsieht, daß das Mitbestimmungsrecht nur bei Betrieben mit 1000 und mehr Arbeitnehmern oder mit einem Kapital von über einer Million DM Anwendung finden solle.

Bundesarbeitsminister Storch stellte demgegenüber fest, in der getroffenen Vereinbarung sei über diesen jetzt strittigen Punkt nichts festgestellt worden. Sein Ministerium habe diese Lücke ausgefüllt. Sonst seien die grundsätzlichen Vorschläge „100prozentig übernommen worden“. Er sei davon überzeugt, daß der Gesetzentwurf der Regierung von den gesetzgebenden Körperschaften gebilligt werde.

Einigkeit zwischen Frankreich und USA

Zweitägige Konferenz Truman-Pleven abgeschlossen

WASHINGTON. Der französische Ministerpräsident René Pleven ist am Donnerstag nach Abschluß seiner zweitägigen Besprechungen mit Präsident Truman zu Beratungen mit der kanadischen Regierung abgereist. Pleven wird heute in Ottawa erwartet.

In einem gemeinsamen Kommuniqué brachten Präsident Truman und Ministerpräsident Pleven zum Ausdruck, daß alle Drohungen und Versuche, die grundsätzliche Einigkeit zwischen den USA und Frankreich zu erschüttern, zum Scheitern verurteilt seien. Einig sei man sich auch darüber gewesen, daß eine Aggression nicht unvergolten bleiben und daß die Drohung einer Aggression nicht mit Beschwichtigungsversuchen beantwortet werden dürfe.

Das Ergebnis der Besprechungen wurde in folgenden Punkten zusammengefaßt: 1. Die amerikanischen Waffenlieferungen an die französischen und indochinesischen Truppen in Indochina werden beschleunigt, um die Niederlage der kommunistischen Aufständischen herbeizuführen. 2. Die Aktion der UN gegen die chinesischen und nordkoreanischen Kommunisten muß fortgesetzt werden, bis eine

ehrenhafte Lösung erreicht ist. 3. Frankreich und die USA werden jede Aktion unterstützen, die darauf abzielt, von einer Aggression abzuschrecken und die Ausweitung des Korea-Konfliktes zu verhindern. 4. Truman und Pleven haben erneut ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, daß eine deutsche Beteiligung an den Verteidigungsplänen des Westens die Sicherheit Europas stärken würde. 5. Mit größter Eile und Energie muß sichergestellt werden, daß die verfügbaren Rohstoffe gleichmäßig verteilt werden, um Inflationen und Preissteigerungen zu verhüten.

Am Han-Fluß

PUSAN. Streitkräfte der UN gingen am Donnerstag in Westkorea zu neuen Angriffen über und drangen aus ihren Ausgangsstellungen etwa 17 km südlich von Seoul in die Hauptverteidigungslinie der kommunistischen Truppen südlich des Hanflusses ein, ohne auf größeren feindlichen Widerstand zu stoßen. Überraschende Gegenangriffe der Kommunisten konnten abgewehrt werden. Amerikanische Patrouillen kamen bis auf 10 km von Seoul heran.

Todesurteile aufgehoben

Entscheidung für Landsberger Häftlinge

FRANKFURT. Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy und der Oberkommandierende der US-Streitkräfte in Europa, General Handy, haben am Mittwoch die endgültige Entscheidung über die 28 zum Tode und weitere 63 zu Freiheitsstrafen verurteilten Landsberger Häftlinge bekanntgegeben. (S. auch an anderer Stelle dieser Ausgabe.)

In 33 Fällen wurde die sofortige Entlassung angeordnet. 21 von 28 Landsberger Todeskandidaten sind begnadigt worden. Ihre Strafen wurden in Gefängnisstrafen von 9 Jahren bis zu lebenslänglich umgewandelt.

Der Zeitpunkt, zu dem die sieben Todesurteile an den Landsberger Häftlingen vollstreckt werden soll, steht noch nicht fest.

Die Abänderung der Urteile wurde am Montagmorgen den Landsberger Häftlingen durch den Gefängnis-Kommandanten bekanntgegeben. Allgemein herrschte große Freude und Erleichterung unter den Gefangenen. Die sieben Häftlinge, deren Todesurteile bestätigt wurden, nahmen diese Nachricht mit stolischer Ruhe auf.

Während Sprecher der SPD die Bestätigung

der Todesurteile bedauerten, wird die Bundesregierung zur Landsberger Entscheidung offiziell nicht Stellung nehmen. Die Bundesregierung wies lediglich darauf hin, daß die Vollstreckung von Todesurteilen mit dem Grundgesetz unvereinbar sei.

Zu denen, deren Urteil abgeändert wurde, gehören aus unserem Raum Martin Sandberger, ehemaliger SS-Standartenführer (statt Todesstrafe lebenslänglich Gefängnis), Eugen Steimle, ehemaliger SS-Standartenführer (statt Todesstrafe 20 Jahre) und Gottlob Berger, ehemaliger SS-Obergruppenführer (statt 25 Jahre 10 Jahre). Sandberger und Steimle waren vor dem Kriege in der studentischen Arbeit an der Universität Tübingen und auch in der Reichstudentenführung tätig. Ihnen waren während des Krieges Vernichtungskommandos in Osteuropa unterstellt. Berger war vor 1933 Lehrer in Wankheim, Kreis Tübingen.

Ein US-Sprecher erklärte am Donnerstag in Frankfurt, daß für die sieben Todeskandidaten kaum noch eine Chance für eine Urteilsrevision bestehe.

Die Finanzen des Landes

Von Staatssekretär a. D. Dr. Paul Binder

Wenn man sich ein Bild darüber machen will, welche Mittel dem Lande zur Verfügung stehen und wie sie im einzelnen verwendet werden, muß man das gesamte Zahlenmaterial nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gliedern und eine starke Zusammenfassung vornehmen. Der Haushaltplan unseres Landes für das laufende Jahr zeigt dann folgendes Bild:

Staatseinnahmen insgesamt 176 Mill. DM (Steuern und Gebühren 150,2 Mill., Vermögenserträge 25,8 Mill. DM); Staatsausgaben 218,2 Mill. DM (Kosten der Staatsverwaltung 130,4 Mill., Finanzausgleich mit Bund, Ländern, Kreisen, Gemeinden und Kirchen 41,2 Mill., Beihilfen und Subventionen 33,1 Mill. und eigene Bauten 13,5 Mill. DM); Defizit 42,2 Mill. DM.

In Wirklichkeit sieht die finanzielle Lage des Landes noch trostloser aus, als sie aus obiger Darstellung hervorgeht, denn in den Vermögenserträgen, die mit 25,8 Mill. DM angegeben sind, ist eine einmalige Einnahme von rund 18,8 Mill. DM aus der nachträglichen Vergütung der sogenannten E- und F-Hiebe enthalten (nach Absetzung der Kosten für die Wiederaufforstung), so daß ohne diese einmalige Einnahme das Defizit für das Jahr 1950 rund 61 Mill. DM betragen hätte.

Während man bei dem Haushaltplan für das Jahr 1950 wenigstens geltend machen kann, daß das tatsächliche Defizit lediglich zur Finanzierung von Beihilfen, wirtschaftlichen Subventionen (vor allen Dingen des Wohnungsbaues) sowie eigener Bauten, also produktiven Maßnahmen dient, wird man im kommenden Haushaltjahr nicht dasselbe sagen können, weil dessen Defizit schon bei den laufenden Verwaltungsausgaben und den diversen Finanzausgleichen eintritt. Bei der augenblicklichen Lage des Geld- und Kapitalmarktes kann keine Rede davon sein, daß wir im kommenden Jahr Kassenkredite oder mittelfristige Anleihen bekommen werden. Der neue Staatshaushalt muß daher so aufgestellt werden, daß wir unter allen Umständen mit unseren eigenen Einnahmen auskommen.

Die vorstehenden Zahlen zeigen, daß die eigentliche Staatsverwaltung uns etwa 130 Mill. D-Mark kostet. Wir werden also in jedem Fall den Staatsapparat funktionsfähig erhalten können. Auch im Finanzausgleich zwischen Kreisen und Gemeinden, der 1950 per Saldo einen Zuschuß des Landes von 12,5 Mill. DM erforderte, wird das Land im großen und ganzen seinen Verpflichtungen gegenüber den Kreisen und Gemeinden nachkommen können. Diese sollten sich aber mit dem Gedanken vertraut machen, daß die staatlichen Leistungen selbst dann etwas gekürzt werden müssen, wenn gewisse Verwaltungsaufgaben der Kreise, die 1950 geruht haben, 1951 wieder aufleben sollten.

Nach dem Bonner Grundgesetz hätten die Länder finanziell so gestellt werden sollen, daß sie ihre Haushaltgebarung in eigener Verantwortung führen können. Man war sich unter den Sachverständigen von vornherein darüber im klaren, daß der Bund in Anbetracht der ungeheuren sozialen Lasten nur dann finanziell würde existieren können, wenn die Besatzungskosten in fühlbarer Weise herabgesetzt würden. Daher hatte man auch erwartet, daß die Bundesregierung die Hohen Kommissare davon in Kenntnis setzen würde, daß sie nur dann bereit und in der Lage sein würde, ihre Amtsgeschäfte aufzunehmen, wenn die Besatzungsmächte durch ein entsprechendes Entgegenkommen die finanzielle Existenz des Bundes garantierten. Das war leider nicht der Fall. Man hat sogar in Verkennung der wirklichen finanziellen Lage Ausgaben bewilligt, die schlechterdings nicht vertretbar sind. Die Leidtragenden sind die Länder.

Es ergeben sich hieraus zwei Folgerungen: Einmal müßte die Landesregierung den Versuch machen, auf der Bundesebene zu klären, ob das Land Württemberg-Hohenzollern nicht wie die anderen notleidenden Staaten einen Zuschuß aus Bundesmitteln erhalten kann, um wenigstens die dringendsten Ausgaben sozialer und wirtschaftspolitischer Art zu bestreiten. Die zweite Frage ist, ob es nicht an der Zeit wäre, die Existenz des Landes Württemberg-Hohenzollern aufzuheben. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß ein Staat nicht nur reine Verwaltungsaufgaben hat, sondern innerhalb gewisser Grenzen auch das wirtschaftliche und soziale Leben des Volkes fördern muß, dann können diese Staatsaufgaben nur noch erfüllt werden, wenn das Land Württemberg-Hohenzollern in einen größeren Staatsverband mit größerer finanzieller Leistungsfähigkeit aufgeht. Ob das der Südweststaat sein wird oder nur ein Zusammenschluß der alten Teile Württembergs oder aber ein Anschluß des Landes Württemberg-Hohenzollern an das derzeitige Land Württemberg-Baden, ist eine Frage des politisch-taktischen Vorgehens. Es steht aber fest, daß diese Dinge nicht mit der bisherigen Gemächlichkeit weiter behandelt werden können, weil die Frage der Wiedervereinigung Südwürttembergs und Hohenzollerns mit Württemberg-Baden sich unter finanziellen Gesichtspunkten allmählich zu einer Lebensfrage auswächst.



Bundespräsident Prof. Theodor Heuß feierte am Mittwoch seinen 67. Geburtstag. Foto: AP

Die Minderheit fühlt sich benachteiligt

SPD, FDP und KPD verlassen aus Protest den Plenarsaal

BEBENHAUSEN (Eig. Bericht). SPD, FDP und KPD haben in der Mittwochsitzung des Landtags ostentativ den Plenarsaal verlassen, als Landtagspräsident Gengler den letzten Tagesordnungspunkt, die zweite Beratung des Landtag-Wahlgesetzes, aufrief.

Schon am Dienstag bei der ersten Beratung der Regierungsvorlage ergaben sich heftige Kontroversen zwischen der CDU, die für die Vorlage eintritt und den übrigen Parteien, die sich vor allem durch das geplante Wahlsystem (40 Abgeordnete sollen in Wahlkreisen direkt, 20 über eine Landesliste ermittelt werden) benachteiligt fühlen.

Innenminister Renner, der in Vertretung des Staatspräsidenten den Entwurf begründete, betonte zunächst, man wolle noch versuchen, eine gesetzliche Regelung durch den Bund zu erreichen, um die jetzige Legislaturperiode des Landtages bis zur endgültigen Klärung der Südweststaatsfrage zu verlängern, da dann sowieso Neuwahlen notwendig werden (ein Plan, der von den Sprechern aller Fraktionen befürwortet wurde). Solange eine solche Regelung aber noch in der Schwebe sei, müsse ein Landtagswahlgesetz auf alle Fälle rechtzeitig verabschiedet werden, um notfalls keinen verfassungswidrigen Zustand zu schaffen.

Im Namen seiner CDU-Fraktion stellte sich Abg. Gog hinter den Regierungsentwurf. Er trat entschieden für das Mehrheitswahlrecht ein, das sich schon in anderen westdeutschen Ländern bewährt habe und den politischen Entwicklungen der letzten Jahre am ehesten Rechnung trage. Der Wähler könne sich für eine Einzelperson und brauche sich nicht für die mißliebige Parteiliste entscheiden.

Die SPD sei grundsätzlich für die Verhältniswahl, weil diese am gerechtesten der politischen Schichtung der Wähler entspreche, meinte Abg. Kalbfell. Seine Partei, im Prinzip kompromißbereit, wäre für eine Übergangslösung und habe daher einen Initiativgesetzentwurf eingereicht, der sich an die Rechtsordnung vom 2. April 1947 für die erste Landtagswahl anlehnt. Die Sprecher der FDP und KP, die Abg. Dr. Leuze und Acker, wandten sich scharf gegen den vorliegenden Entwurf der Regierung, der sich ausschließlich zugunsten der CDU auswirken würde (Dr. Leuze: „Im Namen des Personenwahlrechts wird massive Parteipolitik getrieben“). Auch Innenminister Renner bezieht sich anschließend die CDU, diesen Entwurf aus parteitaktischen Gründen zu verlangen.

Als bei der Beratung der Vorlage im Rechts- und Verwaltungsausschuß am Dienstagmittag sich die Parteien wiederum nicht einigen konnten, verließen die Vertreter der SPD, FDP und KPD den Ausschuß, so daß die CDU-Mitglieder — was kraft ihrer absoluten Mehrheit formell ohne weiteres möglich war — allein die Abänderungsanträge des Ausschusses an das Plenum formulierten. Auch eine erneute interfraktionelle Fühlungnahme während der Mittagspause in der Mittwoch-Plenarsitzung blieb ohne Erfolg. Als daraufhin Anträge der FDP, SPD und KPD, die weitere Beratung des Entwurfes im Plenum zu vertagen, abgelehnt wurden, räumten die Fraktionsmitglieder dieser Parteien den Sitzungssaal. So wurde die Regierungsvorlage mit den Anträgen des Rechts- und Verwaltungsausschusses in zweiter Lesung von der CDU allein angenommen und die dritte Beratung auf kommenden Mittwoch vertagt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm der Landtag einstimmig den Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung einer befristeten Sonderzulage für Beamte an.

Nach längerer Debatte wurde mit großer Mehrheit die Eingliederung des Gemeindeteils Rindenmoos der Gemeinde Reute, Kreis Biberach, in die Gemeinde Ribegg, Kreis Biberach, beschlossen. Die vom Verwaltungs- und Rechtsausschuß beantragte nochmalige

Befragung der Einwohner von Rindenmoos über die Eingliederung wurde vom Hause abgelehnt.

Abg. Schmitt (SPD) empfahl die Annahme des Entwurfs einer Verordnung des Staatsministeriums zur Durchführung des Gesetzes über die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts im öffentlichen Dienst. Der Antrag wurde vom Plenum einstimmig angenommen.

Ein Antrag des Verwaltungs- und Rechtsausschusses, sich seiner Auffassung, daß das Gesetz über die Regelung der Rechtsverhältnisse der aus politischen Gründen vom Amt entfernten Beamten vom Jahre 1948 nicht gegen die Verfassung des Landes verstößt, anzuschließen, fand Billigung.

Bundestag antwortet Volkskammer

Bundeskabinett ablehnend / Dr. Schumacher zur Viererkonferenz

BONN. Der Bundestag wird auf den Appell der Volkskammer der Ostzonenrepublik, gesamtdeutsche Verhandlungen aufzunehmen, antworten. Die Bundesregierung hat beschlossen, vor dem Bundestag zu den gesamtdeutschen Vorschlägen aus der Sowjetzone Stellung zu nehmen.

Im Anschluß an eine Sondersitzung hat das Bundeskabinett es abgelehnt, auf die von der ostzonalen Volkskammer gemachten Vorschläge zu einem Ost-West-Gespräch einzugehen. Es liege kein Grund vor, jetzt eine weitere Erklärung abzugeben. Mit Empörung müsse allerdings festgestellt werden, daß zur gleichen Zeit, da der Außenminister der Ostzone auf alles deutsche Land ostwärts der Oder und Neiße feierlich Verzicht leistete, die Volkskammer zur Schaffung einer rechtsstaatlichen Ordnung, die der Erhaltung des Friedens dienen solle, aufrufe und für sich in Anspruch nehme, „im Sinne wahrhaft demokratischer Legitimation des ganzen deutschen Volkes zu sprechen“. Die Bundesregierung ermahnte das deutsche Volk, sich durch die Aktionen der Ostzonenregierung nicht verwirren zu lassen. Da der Bundestag unmittelbar

angesprochen worden sei, werde dieser auch antworten.

Der Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, erneuerte die Forderung nach freien demokratischen Wahlen als Voraussetzung für alle künftigen Schritte. Der Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag, Euler, wies darauf hin, daß die sowjetische Antwort auf den Vorschlag, gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen, noch ausstehe.

In Regierungskreisen erklärte man, das Ziel der ostzonalen Volkskammererklärung sei, „im russischen Auftrag mit allen Mitteln einen deutschen Verteidigungsbeitrag zu verhindern“.

In einem Schreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer regte der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher an, den Teilnehmern an der geplanten Viermächtekonferenz vorzuschlagen, die Voraussetzungen für freie, geheime Wahlen für ganz Deutschland zu schaffen, da dies die Grundlage für die Wiedervereinigung Deutschlands in einem freien Rechtsstaat sei. Er halte es für wünschenswert, daß durch eine Regierungserklärung dem Bundestag so bald wie möglich Gelegenheit zu einer Stellungnahme in diesem Sinne gegeben werde.

Der Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, erneuerte die Forderung nach freien demokratischen Wahlen als Voraussetzung für alle künftigen Schritte. Der Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag, Euler, wies darauf hin, daß die sowjetische Antwort auf den Vorschlag, gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen, noch ausstehe.

In Regierungskreisen erklärte man, das Ziel der ostzonalen Volkskammererklärung sei, „im russischen Auftrag mit allen Mitteln einen deutschen Verteidigungsbeitrag zu verhindern“.

In einem Schreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer regte der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher an, den Teilnehmern an der geplanten Viermächtekonferenz vorzuschlagen, die Voraussetzungen für freie, geheime Wahlen für ganz Deutschland zu schaffen, da dies die Grundlage für die Wiedervereinigung Deutschlands in einem freien Rechtsstaat sei. Er halte es für wünschenswert, daß durch eine Regierungserklärung dem Bundestag so bald wie möglich Gelegenheit zu einer Stellungnahme in diesem Sinne gegeben werde.

Nachrichten aus aller Welt

NURNBERG. Das Nürnberger Schwurgericht verurteilte am Mittwochabend den wegen Kameradenmordhandlungen im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Stalino angeklagten Wilhelm Dabs zu 15 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

MAINZ. Der französische Verteidigungsminister Moch traf, begleitet von den Verteidigungsministern der Beneluxländer, am Donnerstag auf dem Truppenübungsplatz Baumholder, Kr. Birkenfeld (Rheinland-Pfalz) ein, um Truppenheiten der französischen Armee, die dort zu Manövern zusammengezogen sind, zu inspizieren. Bei dieser Gelegenheit sollen neue Modelle der französischen Waffenfabrikation vorgeführt werden.

BONN. Ein 3. Südweststaatsentwurf wurde von den CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Kiesinger, Bauknecht und Gengler gemeinsam mit anderen Abgeordneten ihrer Fraktion und zwei FDP-Abgeordneten eingebracht. In vier Stimmbezirken soll über den Südweststaat abgestimmt werden. Ergibt die Volksabstimmung in mindestens drei der vier Bezirke eine Mehrheit für die Vereinigung der Länder, so wäre der Südweststaat zu bilden.

BONN. Der ehemalige deutsche General Hermann Ramcke, der vor zwei Wochen aus französischer Gefangenschaft entflohen, soll sich zurzeit in einem deutschen Nervensanatorium aufhalten. Ramcke will sich der Verantwortung nicht entziehen und ist bereit, nach Wiederherstellung seiner Gesundheit vor Gericht zu erscheinen.

LONDON. Die große Grippeepidemie, die England seit vier Wochen heimsucht, ist im großen und ganzen vorüber. Die Grippe forderte

insgesamt 2698 Opfer; durch Lungenentzündung kamen 4652 Personen ums Leben. — Die Pockenepidemie im Gebiet von Kalkutta hat bisher 2385 Todesopfer gefordert.

PARIS. Das internationale Rote Kreuz erwarbte eine bessere Unterbringung der etwa 40 deutschen Untersuchungsgefangenen, die im Pariser Gefängnis Fresnes auf ihr Verfahren warteten und Ende November wegen Beteiligung an einer Disziplinlosigkeit dort ebenfalls untergebrachter französischer politischer Gefangener in das wesentlich schlechtere Santé-Gefängnis gebracht worden waren.

WIEN. Nach einer amtlichen österreichischen Verlautbarung wurden bis Donnerstag in den von den Lawinkatastrophen heimgesuchten österreichischen Bundesländern 91 Tote aus den Lawinen geborgen. 34 Personen sind noch vermisst. 64 Menschen konnten aus dem Schnee gerettet werden.

MASERU (Basutoland). Vier Häuptlinge des Basutosammes wurden am Mittwoch wegen eines an einer Eingeborenen begangenen „Ritualmordes“ gehängt.

RIO DE JANEIRO. Der im vergangenen Oktober gewählte neue brasilianische Staatspräsident Dr. Getulio Vargas trat am Mittwoch sein Amt an. Vargas gab gleichzeitig sein neues Kabinett bekannt, dessen Mitglieder ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit bestellt wurden. Der neue Präsident erklärte vor Pressevertretern, er bezeichne sich nicht als einen Parteikandidaten, obgleich er von den Sozialisten und der sozialen Fortschrittspartei als Kandidat aufgestellt worden war.

Vorbesprechungen

Antwort Moskaus in Kürze

WASHINGTON. Im Staatsdepartement der USA haben die Vorbesprechungen der Westmächte zu der vorgeschlagenen Viermächtekonferenz begonnen. Der amerikanische Sonderbotschafter Phillip Jessup, der britische Botschafter Sir Oliver Franka und der französische Botschafter Bonnet besprachen bereits verschiedene europäische und fernöstliche Fragen, die sie der Sowjetunion beim Zustandekommen der Konferenz für die Tagesordnung vorschlagen wollen. Weitere Sitzungen werden folgen.

Nach Meldungen aus London rechnen informierte Kreise damit, daß der Westen ein echtes sowjetisches Konzessionsangebot auf der geplanten Viermächtekonferenz mit Zugeständnissen in der deutschen Rüstungsfrage beantworten wird.

Westliche Diplomaten in Moskau berichteten, die Sowjetunion werde wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen die am 23. Januar übermittelten Noten der USA, Großbritannien und Frankreichs, in denen eine Klärung der sowjetischen Absichten über den Verhandlungsgegenstand einer Viermächtekonferenz gefordert wurde, beantworten.

Bonn nimmt an

Hallstein leitet Pariser Delegation

BONN. Die Bundesregierung hat die Einladung zur Teilnahme an den Pariser Verhandlungen über den Pleven-Plan angenommen. Die Leitung der deutschen Delegation wird zunächst Staatssekretär Hallstein übernehmen.

Während Belgien ebenfalls die Einladung zur Teilnahme an der Pariser Konferenz angenommen hat, hat Großbritannien diese noch nicht beantwortet.

Prozeß gegen Saarkabinett

Keine Ausweisungen aus dem Saarland

SAARBRÜCKEN. Die demokratische Partei des Saarlandes beabsichtigt, beim Europarat ein Verfahren wegen Verletzung der Menschenrechte gegen die Saarregierung zu beantragen. Anlaß hierfür ist die Ausweisung des deutschen Staatsangehörigen Heinz Voigt, der ursprünglich der christlichen Volkspartei des Ministerpräsidenten angehörte und später bei dem 1. Vorsitzenden der in Opposition sich befindenden DPS eine Stelle angetreten sollte.

Der saarländische Ministerpräsident Hoffmann dementierte am Mittwoch energisch die Behauptung eines „angeblich saarländischen Politikers“, daß eine „neue Ausweisungswelle“ für 70 000 im Saarland lebende Deutsche bevorstehe.

Unabhängige 38,3%

Zwischenergebnis der Gemeindevahlen

STUTT GART. Von den Gemeindevahlen in Württemberg-Baden am vergangenen Sonntag liegt folgendes Zwischenergebnis vor: In 24 der 35 Stadt- und Landkreise bei 1,44 Millionen Wahlberechtigten und einer Wahlbeteiligung von 63,4 Prozent erhielten die CDU 15,5, SPD 21,4, DVP 10,7, KPD 4,1, DG/BHE 9,8, FSU 0,1 Prozent. Sonstige, vor allem freie Wählergruppen, erhielten 38,3 Prozent der Stimmen.

Neues „Friedens“-Todesurteil

Öffentlichkeit um Hilfe angerufen

BERLIN. Ein sowjetisches Militärtribunal verurteilte den 23jährigen Peter Püschel, der an der Westberliner Hochschule für Politik studierte und Ende September in der Nähe von Potsdam beim Verteilen von Flugblättern verhaftet worden war, zum Tode.

Der in Wiesbaden lebende Vater des kürzlich zum Tode verurteilten Esche hofft, daß „ein einmütiger Protest der freien Welt wie im Fall Flade die Vollstreckung des Urteils verhindern kann“.

Drei Ostberliner Journalisten sind am Dienstag nach Westberlin geflüchtet.

TOTO SIEGER

KAMPF UM DEN ROMAN VON W. JORG LUDDECKE

Alle Rechte Hessische Verlagsanstalt G. m. b. H.

[32]

Von Veronika ist bisher nicht mehr erwähnt, als daß sie ein weiblicher Pavian war. Man kennt Paviane. Es sind jene merkwürdigen Affen, deren ausgeprägte Achterseite erziehungsberechtigte Erwachsene den Kindern in zoologischen Gärten gern vorenthalten. Unangebrachter Fragen wegen.

Der Lichtstrahl also traf Veronikas Gesicht. Sei es nun, daß das Tier vorn oben empfindlicher war als hinten unten — oder sei es, daß Veronika sich bereits zur Ruhe begeben hatte und auf spätem Besuch keinen Wert mehr legte, jedenfalls erhaschte sie im Sprung Pauls Haarschopf und eignete sich ihn teilweise an. Paul schrie. Er schrie entsetztlich und seine Stimme hatte nichts Menschliches mehr. Denn die Zubereitung einer teilweise Glatze am lebenden Objekt ist außerordentlich schmerzhaft und überdies ungewohnt. Die Taschenlampe fiel zu Boden und verlösch. Der Rest des Debakels, der sich immerhin noch über zehn Minuten hinzog, fand in absoluter Dunkelheit statt.

Zunächst versuchte Paul, die Tür zu gewinnen. Er gewann sie. Aber sie war verriegelt. Dann griff er über sich und erwischte die Schneidezähne von Veronika. Und zwar dergestalt, daß drei seiner Finger zwischen obere und untere Schneidezähne gerieten und in den nächsten drei Wochen nicht mehr zu gebrauchen waren.

Aber der nächste Griff mit der unverwundeten anderen Hand hatte Erfolg. Er erwischte den Pavian im Genick und schleuderte ihn weit von sich. Dann, taumelnd vor Schreck, Angst, Alkohol und Schmerz, setzte er sich rücklings auf das Stachelschwein,

Die Reaktion war bei beiden Teilen zunächst akustisch. Sie kulekten schrill und anhaltend. Fräulein Rosa, das Stachelschwein, unter dem Zentnergewicht des nächtlichen Besuchers und Schlemmerpaul unter den Dornen, die sich durch Hemd und Hose in die empfindliche Kehrschneide bohrten. Ein Welle waren die beiden keiner anderen Regung fähig. Dann endlich begann Fräulein Rosa, leise röhelnd, zu rumoren. Und mit ihr rumorten die Stacheln.

Paul, völlig erdrückt, stöhnte vor Schmerz und Entsetzen. Er tastete blindlings um sich und suchte einen Haltepunkt, von dem aus er sich aufrappeln und Abstand gewinnen könnte. Dabei fühlte er plötzlich Papier zwischen seinen Fingern. Zettel, Nein! Keine Zettel — Scheine! Das Geld!

Vergessen die Schmerzen, vergessen Rosalindes Stacheln, vergessen Gefahr und Vorsicht. Paul raffte sich gewaltsam hoch. Die restlichen brauchbaren Finger der Linken hielten das gebündelte Geld, während die biedere Rechte automatisch Stachel für Stachel aus der Hose zog. Rosalinde, inzwischen von der Last befreit und wieder Herr ihrer fünf Sinne, nahm bittere Rache und biß Paul ins Bein.

Nun ist der Biß eines Stachelschweins keineswegs vergleichbar mit dem Biß eines Bernhardiners oder einer gestreiften Hyäne. Es lag in dieser Aktion mehr guter Wille als Können. Immerhin kam der Angriff so überraschend, daß Paul entsetzt einen gewaltigen Sprung tat. Er durchbrach dabei die Verschlingung des Geheges für die Nager und war in der nächsten Minute von Kopf bis zu den Füßen übersät mit Eichhörnchen, Meerschweinchen, Beutelratten und anderem Getier. Paul schlug um sich wie ein Berserker. Er traf alles mögliche. Den grünen Papagei auf seiner Stange, das auf dem Regal stehende Aquarium mit den Segelflossern, das sich über ihn ergoß, — er traf das treue Auge von Veronika, die sprunghaft auf einem Mauervorsprung hockte, und er traf die spitzen Zinken des Re-

chens für das Stallstroh, der an der Wand hing.

Gegen das, was nun über ihn hereinbrach, war alles bisherige nur ein müder Scherz. Der Zoo war los!

Die Geschöpfe des Herrn Schlemmer machten sich über den nächtlichen Gast her und taten ihm all das an, was in ihrer Macht stand. Jede Mark, jeden Pfennig, den Paul bei seinem Geschäft aufgeschlagen hatte, büßte er in wenigen Minuten ab. Halb ohnmächtig, unfähig sich in dieser Dunkelheit mit Erfolg des letzten Fetzens heiler Haut zu wehren, taumelte er von einem Käfig zum anderen, von Krallen zu Klauen — von Schnabel zu Stachel. Und er wurde weniger und weniger.

Draußen inzwischen wurde das Haus munter. Fenster öffneten sich und Stimmen wurden laut, die um Ruhe brüllten.

Auch in der Wohnung Patsch wurde man aufmerksam.

„Die Tiere sind so unruhig“, sagte Onkel Asmus. „Ob da etwas nicht in Ordnung ist?“

August und Klaus-Dietrich sahen sich in banger Sorge an. „Man müßte mal nachsehen“, sagte August. „Vielleicht ist das Stachelschwein ausgebrochen. Oder der Pavian beißt sich wieder mit dem Papagei.“

Er stand auf und gab dem Knaben einen Wink. Klaus-Dietrich haschte im Sprung den Hoftrahlschüssel und sauste voran, gefolgt von dem getreuen Vetter und Inspektor Billy. Die Angst um den Inhalt des Stachelschweins befügelte ihre Schritte. Sie liefen nicht, sie flogen. Und doch schien eine Ewigkeit zu vergehen, bis sie endlich im matten Licht des Vollmonds vor der Tür standen, hinter der die Hölle los zu sein schien.

Ein Blick genügte, um sich zu überzeugen, daß das Vorhängeschloß zerstört war. Jedoch der eiserne Riegel war vorgeschoben.

Rästel über Rästel.

Beherrzt riß August die Tür auf. Ein riesiges Bündel Mensch fiel ihm entgegen, über und über bedeckt mit zoologischen Raritäten

Mit Fisch und Beutelratte, Pavian und Eichhörnchen.

Blitzschnell fuhr Inspektor Billy in den Knäuel. Mit tödlicher Sicherheit hatte er die einzige unbesetzte Stelle erkannt und riß in emsiger Kleinarbeit große, überaus wichtige Teile aus Schlemmerpauls Hose.

Dann aber, durch Mondlicht und frische Luft auf die neue Umgebung aufmerksam gemacht, ließen die Tiere von ihrem hilflosen Kontrahenten ab und verkrümelten sich, ehe es jemand verhindern konnte, in den Schatten der Nacht. Während August und Klaus-Dietrich die Überreste des starken Paul vom Boden aufklaubten, leerte sich der Zoo, und es blieb von all den zoologischen Schätzen nur das Stachelschwein Fräulein Rosa, das in bitterer Erkenntnis der Tatsache, daß es weder klettern noch fliegen konnte, achselzuckend in seine Box zurückging.

Paul Schlemmer, aus tausend Wunden blutend, zerfetzt und zerrauft und teilweise glatzköpfig, stöhnte einen dumpfen Dank. Eine tiefe innere Wandlung war in ihm vorgegangen. Er öffnete die krampfhaft geballte Faust, drückte dem Knaben wortlos ein Bündel Geld in die Hand und ging von dannen, selig wie ein Traumtänzer.

Man hat ihn in dieser Stadt nicht mehr gesehen. Wenn man unkontrollierbaren Gerüchten Glauben schenken will, soll er sich einer Sekte angeschlossen haben und barfuß, in härenem Gewande von Ort zu Ort ziehen.

Die beiden Vettern, bis ins Mark erschüttert von dem Verrat des Freundes, dem Bild, das er bot, und dem Totalverlust des mühsam aufgebauten Zoos, sammelten die fehlenden Scheine unter den gestäubten Stacheln des beleidigten Fräuleins Rosa und stiegen stumm wieder nach oben.

Die Trauer, die sich unter den übrigen Patschen ob der Auflösung des Zoos verbreitete, war wortreich und etwas krampfhaft. (Fortsetzung folgt)

Nürnberger Urteile revidiert

Sieben Todesurteile bleiben in Kraft / Weitgehende Straferabsetzungen

FRANKFURT. Der amerikanische Hohen Kommissar für Deutschland, John McCloy, gab am Mittwoch seine endgültigen Entscheidungen über die Gnadengesuche der in Nürnberg verurteilten und in Landsberg inhaftierten Kriegsverbrecher bekannt.

In einer ausführlichen Erklärung befaßt sich McCloy mit der Grundlage der Gnadensüberprüfung. Ferner erläuterte er die Ursachen für die Verzögerung der endgültigen Entscheidung über das Schicksal der Häftlinge und führte einige Argumente auf, die gegen eine Vollstreckung von Todesstrafen vorgebracht wurden. Die Bestimmung des Grundgesetzes, durch welche die Todesstrafe abgeschafft wurde, „verdient gewiß unseren Respekt. Sie ist jedoch nicht auf diese Fälle anwendbar“. Das Grundgesetz könnte ihn nicht von der Verpflichtung entbinden, Urteile zu respektieren, die vor der Annahme des Grundgesetzes gefällt und auf Grund internationaler Beschlüsse geschaffen wurden.

Zu den vorgebrachten Argumenten, die Hinzuzögerung der Vollstreckung der Todesurteile sei unmenschlich und ungerecht, sagte McCloy, daß die Zeit seit der Verkündung der Urteile völlig von Nachprüfungen im Interesse der Verurteilten in Anspruch genommen war.

In der Verlautbarung des US-Hochkommissars wird über die Tätigkeit des beratenden Ausschusses für die Begnadigung der Kriegsverbrecher berichtet. Dieser Ausschuss prüfte alle eingereichten Gnadengesuche, sah die Akten und Urteile der 12 Prozesse durch und sprach mit jedem der einzelnen Häftlinge. Auf diesen Bericht stützten sich hauptsächlich die Entscheidungen des Hochkommissars McCloy, der acht Monate zur letzten Überprüfung benötigte.

In allen Fällen, in denen der Ausschuss eine Umwandlung der Todesstrafe empfohlen hat, schloß sich McCloy dieser Empfehlung an. Außerdem wandelte er eine beschränkte Zahl von Todesurteilen um, für die vom Ausschuss keine Gründe für eine Begnadigung angegeben wurden. Von den Entscheidungen des amerikanischen Hohen Kommissars wurden die Verurteilten sämtlicher zwölf Nürnberger Prozesse betroffen.

Die im Ärzteprozeß erfolgten Urteile wurden in sämtlichen neun Fällen revidiert.

Der einzige Angeklagte des sogenannten „Prozeß Milch“, der ehemalige Feldmarschall Milch, erhielt 15 Jahre statt lebenslänglicher Haft.

Im „Justizprozeß“ wurden sämtliche sieben Urteile herabgesetzt. Der ehemalige Staatssekretär Hans Schlegelberger, der zu

lebenslänglicher Haft verurteilt war, wird wegen Haftunfähigkeit vorläufig entlassen.

Die Urteile der Angeklagten des „SS- und Konzentrationslagerprozesses“, die für das Völkermordprogramm des dritten Reiches in hohem Maße unmittelbar verantwortlich sind, erhielten teilweise auch Strafermäßigungen, bzw. wurde die verbüßte Strafzeit als ausreichend angesehen. Das Todesurteil von Oswald Pohl erfährt keine Abänderung.

Die im „Geisel-Prozeß“ verurteilten früheren Generale erhielten herabgesetzte Strafen und werden zum Teil entlassen. Das Urteil auf lebenslängliche Haft für den ehemaligen Feldmarschall List blieb bestehen. Wilhelm Speidel — der Bruder des Militärberaters Dr. Adenauers bei den deutsch-alliierten Besprechungen, Dr. Hans Speidel — erhielt statt 20 Jahre Haft die verbüßte Strafzeit.

Auch im Prozeß gegen das Rassen- und Siedlungshauptamt wurden die Urteile herabgesetzt.

Die im Prozeß der Einsatzgruppen oder Vernichtungskommandos verurteilten früheren SS-Führer ausgesprochenen Urteile wurden teilweise revidiert. In sechs Fällen wurde die Todesstrafe in lebenslängliche Haft umgewandelt. Die Todesurteile für Paul Blomdel, Werner Braune, Erich Naumann und Otto Ohlendorf wurden bestätigt. Der Fall des Angeklagten Straub, der an Belgien ausgeliefert und dort wegen begangener

Morde zum Tode verurteilt wurde, unterlag nicht dieser Überprüfung.

Die Strafen im „Krupp-Prozeß“ wurden herabgesetzt. Bei Alfred Krupp v. Bohlen und Halbach trat an die Stelle von 12 Jahren Haft und Einziehung des Gesamtvermögens die verbüßte Strafzeit. Vermögens-einziehung ist nicht vorgesehen. Alle Verurteilten wurden freigelassen.

Auch im sogenannten „Minister-Prozeß“ wurden die Urteile umgewandelt. Der frühere Reichsfinanzminister v. Schwerin-Krosigk erhielt statt zehn Jahren Haft die bisher verbüßte Strafzeit und kann, wie auch der frühere SS-Beamte Hans Kehr, der ursprünglich zu 15 Jahren Haft verurteilt war, entlassen werden.

Die früheren Generale, die im „Oberkommando-Prozeß“ verurteilt waren, erhielten mit Ausnahme von Reinecke, Hoth und Reinhardt geringere Strafen.

General Handy, der Oberkommandierende der US-Streitkräfte Europas, verkündete am Mittwoch ebenfalls seine Entscheidung über die Fälle der 13 in Landsberg befindlichen Kriegsverbrecher, unter ihnen die im „Malmédy-Prozeß“ zum Tode Verurteilten, die seiner Zuständigkeit unterliegen.

In elf dieser Fälle wird die Todesstrafe in lebenslängliche Haft umgewandelt, unter ihnen der frühere SS-Führer Joachim Peiper. In zwei Fällen bleibt die Todesstrafe bestehen. Es handelt sich um den Führer eines Rollkommandos in Mühldorf, einem Nebenzweig von Dachau, Georg Schallermaier, und den früheren Adjutanten im Konzentrationslager Buchenwald, Hans Schmidt.

Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht

Der Streit um das neue Landtagswahlgesetz

HB. Das gemäßigtere Klima im Bebenhäuser Abgeordnetenschloß wird selten getrübt. In der 100. und 101. Landtagsitzung gab es ein leichtes Gewitter. Bei der Frage, in welcher Form die Wähler ihre Abgeordneten in den neuen Landtag entsenden sollen (die Legislaturperiode des gegenwärtigen Landtages endet am 17. Mai, so daß bis dahin eine Neuwahl stattgefunden haben muß), erhitzen sich die Parteigegner beträchtlich.

Stein des Anstoßes ist in erster Linie das seit alters umstrittene Wahlsystem: Verhältnis- oder Mehrheitswahl. Das reine Verhältniswahlrecht (auch „Proporz“ oder Listenwahl genannt) ist bislang fast in allen kontinentalen parlamentarischen Demokratien üblich gewesen. Bei einer Landtagswahl würde es sich beispielsweise so auswirken, daß jede Partei den Wahlberechtigten eine von ihr nominierte „Block-Liste“ von Kandidaten vorlegt und die Wähler sich für eine der Listen zu entscheiden haben. Das Ergebnis offenbart genau die Resonanz, die die Parteien im Lande finden, da bei diesem Wahlrecht die Parteien als solche gewertet werden.

Anderes beim reinen Mehrheits- oder Persönlichkeits-Wahlrecht (in England und USA beispielhaft praktiziert). Hier bemühen sich in jedem Wahlkreis von jeder Partei oder Wählerversammlung je ein Kandidat um die Wähler. Derjenige Bewerber, der die Stimmenmehrheit auf sich vereinigt, erhält den Landtagsitz. Als Hauptvorteile werden in der Regel angeführt: der Kandidat fühlt sich mehr seinem Wahlkreis denn der Partei verpflichtet, aus Sorge, das nächste Mal im Konkurrenzkampf nicht mehr zu bestehen. Die Mehrheitswahl begünstigt klare Fronten zwischen Regierungspartei und Opposition und bremst die Tendenz zum Parteienkartell. Der größte Nachteil: die Stimmen für die unterlegenen Parteikandidaten fallen unter den Tisch, sind also während der Legislaturperiode politisch unwirksam.

Um die Vorteile beider Systeme nutzbar zu machen, ging man in den letzten Jahren vielfach zu Kombinationen über (Bundestagswahl, Landtagswahlen in Württemberg-Baden, Bayern und Hessen). Auch der umstrittene Regierungsentwurf des neuen Landtagswahlgesetzes verbindet Mehrheits- und Verhältniswahlrecht: in 40 Wahlkreisen sollen 40 der insgesamt 60 Abgeordneten, die restlichen 20 über Landeslisten gewählt werden, wobei die Rest-

stimmen — die der erfolglosen Bewerber — sowie die Überschussstimmen — die der erfolgreiche Kandidat nicht benötigt hat, um das Mandat zu erringen — im ganzen Land entscheiden. Der Akzent bei dieser Wahl liegt zweifelsfrei beim Mehrheitswahlrecht.

SPD, FDP und KP (die Kommunisten opponieren außerdem noch gegen die vorgesehene 5-Prozent-Klausel) fühlen sich bei diesem Wahlrecht beschneidet. Ihre Sprecher haben im Landtag der CDU offen vorgeworfen, sie wolle mit einem solchen Wahlmodus sich von vorneherein eine ungefährdete absolute Mehrheit sichern, denn — so wurde argumentiert — nicht die „Persönlichkeit“ gäbe in den Wahlkreisen den Ausschlag, sondern die Macht der CDU. Die drei Parteien fürchten dadurch in den meisten Wahlkreisen überspielt zu werden.

Alle drei Oppositionsparteien gegen den Regierungsentwurf sind aber kompromißbereit. (Der Initiativgesetzentwurf der SPD will allerdings ein reines Verhältniswahlrecht.) Strittig ist in erster Linie die Akzentgebung, d. h. vorwiegend Mehrheitswahl oder vorwiegend Verhältniswahl. Dies zu entscheiden ist Aufgabe der Abgeordneten bei der dritten Lesung des Regierungsentwurfes am kommenden Mittwoch.

Keine Einigung

Meinungsverschiedenheiten in der Araberliga

KAIRO. Die 7. Sitzung des politischen Ausschusses der Araberliga, der zur Herbeiführung einer gemeinsamen Haltung der arabischen Staaten im Ost-West-Konflikt in Kairo tagte, endete am Mittwochabend mit tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten als je zuvor.

Jordanien hatte einen kollektiven Sicherheitspakt vorgeschlagen, in dem Ägypten, Syrien, der Irak und Jordanien die wichtigsten, der Libanon, der Jemen und Saudiarabien wegen ihrer militärischen Schwäche dagegen eine untergeordnete Rolle spielen sollen. Der Libanon und Saudiarabien widersetzten sich diesem Vorschlag ganz entschieden.

Pakistan hat zum 7. Februar einen panislamischen Kongreß nach Karatschi einberufen, an dem sämtliche Araberstaaten teilnehmen werden. Auf dem Kongreß soll über die Ausarbeitung einer gemeinsamen Verfassung beraten werden.

Unser Kommentar

Schlußstrich gezogen

W.N. Die letzte Entscheidung für die Landsberger Häftlinge ist gefallen. Die am Mittwoch veröffentlichten Dokumente zeugen dafür, daß die beiden Verantwortlichen nach eingehender Prüfung der Akten und Tatbestände und gestützt auf Empfehlungen eines unparteiischen Untersuchungsausschusses unvoreingenommen zu entscheiden versuchten. Zwischen Protesten und Forderungen, einer geteilten öffentlichen Meinung und einer inzwischen fortgeschrittenen Zeit mußten die beiden Männer die Grundlagen ihrer Entscheidung sicherstellen, um das Recht zu finden. Dies wird ihnen besonders schwer gefallen sein, da für das heutige Rechtsbewußtsein nichts gefährlicher ist, als der geringste Verdacht von Voreingenommenheit.

Ob nun in allen Fällen richtig entschieden wurde, muß bezweifelt werden. Wir wissen von den in- und ausländischen Protesten gegen die „Gnadenspolitik“ McCloy, aber auch von zahlreichen zustimmenden Äußerungen. Jedenfalls bedeutet die Milderung einer großen Zahl von Urteilen einen wichtigen Schritt in der Richtung, uns mit Vertrauen in die westliche Gerechtigkeit zu erfüllen, wenn wir uns auch fragen, ob nicht bei einzelnen Fällen politische Erwägungen eine Rolle spielen. Wir erwarteten keine Beschönigungen von begangenen Verbrechen, aber auch keine Unarmherzigkeit. Wir glauben dennoch, daß die Aufrechterhaltung von sieben Todesurteilen — nach jahrelanger Wartezeit — einer echten humanen Gewinnung widerspricht, ganz abgesehen davon, daß eine Verurteilung zum Tode nach dem Grundgesetz nicht mehr statthaft ist. Wenn die Revision erst so spät erfolgte, so geschah dies allerdings zugunsten der Verurteilten.

Hoffen wir, daß nunmehr ein Schlußstrich unter ein trübes Kapitel der jüngsten Geschichte gezogen wurde.

Schlechte Argumente

ch. Die Behandlung oder besser gesagt die Verschleppung der Südweststaatsfrage hat seit langem das Kopfschütteln des Mannes auf der Straße erregt. Seit Jahren wird diskutiert, ja, man hat sogar abgestimmt, ohne daß man zu einer vernünftigen Lösung gekommen wäre. Nun, da die Sache einer Entscheidung entgegenzureden schick, hat die Bundesregierung erklärt, eine weitere Behandlung der Angelegenheit erschiene vorläufig nicht zweckmäßig, da sie nur Beunruhigung in andere Länder des Bundes hineinbringen könne. Da im übrigen das Grundgesetz für die Neuordnung im Südwesten keinen Termin vorschreibe, habe man ja Zeit! Das sind ohne Zweifel schlechte Argumente in einer so dringlichen Sache. Zugestanden, die Bundesregierung hat Sorgen und große, noch größere Probleme als die des Südweststaates, harren der Lösung. Aber dürfen sie nur deshalb auf die lange Bank geschoben werden? Ist es nicht vielmehr gerade so, daß die verfehlte Aufteilung des Bundesgebietes in teilweise nicht lebensfähige an duodezifürstliche Ordnungen erinnernde Länder ein wesentliches Element der Unruhe darstellt, das so rasch wie möglich zu beseitigen eine der dringlichsten Aufgaben sein muß? Wir meinen, die Erklärung der Bundesregierung dürfte keinesfalls der Anlaß dazu sein, die Entscheidung hinauszuschieben und wir möchten nur hoffen, daß der „Bundesausschuß für innergebietliche Neuordnung“ sich in seiner Arbeit nicht beeinflussen läßt. Dem Bundesrat liegen je mehrere Anträge in der Südweststaatsfrage vor und es ist nicht einzusehen, warum durch eine Hinauszögerung die unhaltbaren Zustände weiter konserviert werden sollen. Wenn die Bundesregierung darauf verweist, daß das Bundesgesetz keinen Termin vorschreibe — nun, die Dringlichkeit dieses Termines ist längst dadurch gegeben, daß es Zeit ist, durch eine bessere und vernünftige Neugliederung der Länder die Voraussetzungen für eine rationellere und fruchtbarere Arbeit der Länder und des Bundes zu schaffen.

GENUA. Vertreter von 16 Nationen trafen am Dienstag zur Feier des 500. Geburtstages von Christoph Columbus in Genua ein. Columbus wurde 1451 in Genua geboren.



Der verstorbene Konstrukteur des Volkswagens, Professor Dr. h. c. Porsche

Wichtig bei Grippe!

Vorbeugen ist leichter als heilen. Schützen Sie Ihre Gesundheit vor Ansteckung und Krankheit! Nehmen Sie sofort bei den ersten Anzeichen einer Grippe oder Erkältung Total Togonal wirkt bakterienstörend, es ist ein ausgezeichnetes inneres Antiseptikum, setzt das Fieber herab und wirkt entzündungshemmend. Einige Total-Tabletten, rechtzeitig genommen, können Erkältungskrankheiten und Grippe verhüten. Über 7000 Ärzte-Gutachten. Verlangen Sie ausdrücklich Total — es gibt keinen Total-Ersatz! In allen Apotheken, DM 1,- und DM 2,50.

Vater zum Sohn gegen Melabon

Schuhwaren
größerer Posten in Kommission zu vergeben. Evtl. beteilige ich mich auch still an best. Geschäft. Ang. unt. G 297 an die Geschäftsstelle

Gold, Silber, Münzen, Schmuck.
Juwelen kauft zu Höchstpreisen Lahn, Stuttgart 8, Arminstr. 38

Stellenangebote

Selbständige Hausgehilfin
mit guten Kochkenntnissen auf 1. März gesucht. Angeb. mit Zeugnissen u. Lichtbild erbeten.
Frau L. Brucklacher, Balingen

Welch. Jg. Arbeiter(in) übernimmt selbst. Nebenbeschäft. Muster gratis. Ernst Kunz, (17b) Lehr-Dinglingen

In kleinen gepflegten Haushalt zu kinderlosem Ehepaar zuverlässig, tüchtiges

Alleinmädchen
nicht unter 40 Jahren, das kochen und bügeln kann, bei gutem Lohn z. 1. März nach Frankfurt a. M. gesucht. Bew. m. Bild u. Zeugnisabschr. erbeten an Dr. Alfred Böck, Frankfurt a. M., Tischbeinstraße 3

Fleißiges junges Mädchen

In allen vorkommenden Arbeiten bewandert, für gepflegten Haushalt gesucht.

Radio-Bauer
Fellbach bei Stuttgart
Bahnhofstr. 115 - Telefon 22425

Suchen Sie Kunden

In Ihrem engeren Heimatgebiet, dann ist es das Richtige, Ihr Angebot in der Heimatzeitung zu veröffentlichen. Wollen Sie aber Käufer

über Ihren Heimatkreis hinaus ansprechen, dann steht Ihnen der Anzeigenteil der Gesamtauflage

aller Zeitungen der Schwäbischen Verlagsgesellschaft mbH. zur Verfügung. Dieser Anzeigenteil der Gesamtauflage erscheint in jeder Nummer der nachstehend aufgeführten Heimatzeitungen.

- Schwäbisches Tagblatt, Tübingen
- Rottenburger Post, Rottenburg
- Reutlinger Nachrichten, Reutlingen
- Metzinger-Ortsbürgerblatt, Metzinger
- Der Ermstalbote, Ursch
- Calwer Zeitung, Calw
- Der Enztäler Neuenbürg
- Schwarzwald-Echo, Altensteig
- Nagolder Zeitung, Nagold
- Balingen Volksfreund, Balingen
- Ebingen Zeitung, Ebingen
- Schniecha-Zeitung, Taifingen
- Gränz-Bote, Tuttlingen
- Bote vom Heuberg, Spalchingen
- Hohenzollerische Zeitung, Hechingen
- Neckar-Chronik, Horb
- Schwarzwaldzeitung „Der Grenzer“, Freudenstadt
- Alb-Bote, Münsingen
- Die Neckarquelle, Schweningen
- Soentags-Zeitung, Tübingen

Diese Heimatzeitungen mit zusammen über 100.000 Exemplaren bringen Ihnen Erfolg!

Endlich wieder

"MOKRI"

UND

besser denn je!

»Die TRADITIONS-ZIGARETTE der LANDE GmbH MÜNCHEN«

Unsoziale Verbrauchsbesteuerung

50 Prozent Sondersteuer auf Süßwaren und Süßfrüchte — eine „Luxussteuer“ u Lasten des kleinen Verbrauchers

RS. - BONN. Im Bundesfinanzministerium wurde soeben der neue Zuckersteuergesetzesentwurf fertiggestellt, der sich auf die Preise zahlreicher Süßwaren auswirken wird und dem Bundeshaushalt rund 300 Mill. DM im Jahr einbringen soll. Wie zu erfahren ist, soll die Zuckersteuer in Form einer Sonder-Umsatzsteuer vom Fabrikationspreis oder vom Importpreis erhoben werden. Die neuen Steuersätze werden, falls sie vom Kabinett und den parlamentarischen Körperschaften gebilligt werden, etwa 50 Prozent betragen. Bei einem Gesamtumsatz der Süßwarenwirtschaft von rund 1,5 Mrd. DM pro Jahr würde die neue Zuckersteuer rund 300 Mill. DM einbringen. Die Bundesregierung erhofft mit der neuen Steuer einmal den Konsum von Süßwaren zu senken, andererseits aber auch die Bundesfinanzen zu verbessern.

Die Zuckersteuer soll, wie in Kreisen des Bundesfinanzministeriums verlautet, auf direkte Wünsche des Bundeskanzlers Dr. Adenauer zurückgehen. Das Finanzministerium würde es begrüßen, wenn aus Gründen der Erhebung auf alle Erzeugnisse, in denen Zucker, Kakao und bestimmte Weizenmehle einen wesentlichen Bestandteil der Süßwaren bilden, ein gleichmäßiger Steuersatz erhoben würde. Da aber auch die übrigen Bundesminister bei dem Gesetzesentwurf mitzureden haben, dürfte es zu gestaffelten Steuersätzen kommen. Voraussichtlich wird Konsumschokolade steuerlich günstiger behandelt werden als z. B. Pralinen und reine Konditorerzeugnisse. Das Bundesfinanzministerium will den Schwarzmarkt mit Schokolade, dessen Ausweitung erwartet wird, dadurch unterbinden, daß vor allem die zahlreichen „fliegenden Händler“ den rechnungsmäßigen Nachweis des Wareneinkaufs erbringen müssen, andernfalls als eine 50prozentige Steuer ihres Verkaufspreises entrichten müssen.

Der Gesetzesentwurf ist vom Bundeskabinett bereits verabschiedet worden. Für die Höherbesteuerung kommen nicht nur sämtliche zuckerhaltigen Erzeugnisse, darunter auch Kekse, Feinbackwaren, Bonbons, sämtliche Schokoladenarten und alle Kakaoprodukte in Frage, sondern auch „entbehrliche Konsumgüter“ wie alle Süßfrüchte mit Ausnahme der Zitrusfrüchte, ferner Kaviar, Hummer, Langusten, Schildkröten.

JK Kann man Kaviar, Hummer, Langusten usw. ganz bestimmt zum entbehrlichen Bedarf rechnen, so ist das für Bananen, Feigen, Datteln, Rosinen usw. keineswegs der Fall. Eine Steuer von 50 Prozent bei Süßfrüchten auf den Importpreis und bei Süßwarenerzeugnissen auf den Herstellerpreis zu legen, das bedeutet nicht nur einen mörderischen Schlag gegen den Verbraucher, sondern vielmehr noch gegen den Produzenten und den Importeur. Und die Rechnung mit den 300 Mill. DM Mehreinnahme für den Fiskus dürfte bei weitem nicht aufgehen. Süßwaren und Süßfrüchte sind ausgesprochene Konsumartikel. Eine solche Besteuerung wird mit automatischer Sicherheit unter den gegenwärtigen Kaufkraftverhältnissen zu einem starken Verbraucherrückgang führen und alle fiskalischen Be-

rechnungen über den Haufen werfen. Sie wird aber noch etwas anderes tun: nämlich in der deutschen Schokoladen- und Süßwarenindustrie, die sich soeben etwas erholt hatte, nachdem sie jahrelang unter den illegalen Einfuhren zu leiden hatte, die den innerdeutschen Markt überschwemmten, zur Arbeitslosigkeit, mindestens aber zu Produktionsrückgängen, durch den Produktionsrückgang führen und auch von der Produktionsseite her die Preise erhöhen. Die Rechnung sieht ungefähr so aus: 1 Tafel Schokolade, die bisher 1,30 DM kostete, gibt der Hersteller für etwa 1 DM an den Handel ab. Bei der geplanten Steuer von 50 Prozent würde der Abgabepreis an den Handel demnach 1,50 DM betragen; schlägt der Händler den bisherigen Kalkulationsatz von 30 Prozent zu, dann kostet nach der Steuer die Tafel Schokolade im Kleinhandel theoretisch 2 DM. Der zu erwartende Produktionsrückgang wird aber eine Verteuerung der Herstellungskosten zur Folge haben, so daß die Tafel Schokolade schätzungsweise zwischen 2,20 und 2,60 DM kosten wird. Welche Verbraucherkreise einen solchen Preis noch anlegen können, das soll uns der Finanzminister einmal sagen.

Unterdessen hagelt es Proteste. So hat der Le-

bensmitteleinzelhandelsverband Westdeutschlands bei der Bundesregierung protestiert und geltend gemacht, daß derart rigorose Verbrauchereinschränkungen, die durch die Steuerbelastung erzwingen werden sollen, praktisch auf eine Rationalisierung hinauslaufen. Gefördert werde lediglich der Schwarzhandel mit illegalen Einfuhren. Der Süßfruchtmarkt ist über die 50prozentige Sondersteuer bestürzt und weist mit Recht darauf hin, daß beispielsweise Bananen keine luxuriösen Genußmittel oder entbehrliche Lebensmittel sind, sondern Massenkonsumgut. Eine Drosselung der Süßfruchtfuhr werde mit Sicherheit nachteilige Folgen für den deutschen Export haben.

So feiert also die ominöse Luxussteuer, die man schon tot wähnte, in dieser fatalen weil den Massenverbrauch treffenden Form fröhliche Urständ. Dem Schwarzhandel wäre sehr geholfen damit, aber der Verbraucher ist anderer Meinung. Für ihn selbst handelt es sich darum, daß zu allen anderen preiserhöhenden Faktoren — Weltmarktpreisentwicklung, Umsatzsteuererhöhung, Kohlen- und Energiepreiserhöhung, Erhöhung der Verkehrstarife — diese neue, übertrieben hohe Besteuerung kommt, die seinen Lebensstandard in der brutalsten Weise einengt.

Mietenerhöhung ernsthaft erwogen

30 Prozent Erhöhung — je zur Hälfte für den Fiskus und für den Hausbesitz

JK. Vor einiger Zeit, im Zusammenhang mit der Erhöhung des Diskontsatzes, hatten wir auch zur Frage der Erhöhung des Kapitalzinses Stellung genommen. Dabei brachten wir zum Ausdruck, daß sich nach einer Erhöhung des Kapitalzinses auch eine Erhöhung der Mieten nicht würde vermeiden lassen, sollte die Bautätigkeit nicht ganz zum Erliegen kommen. Kurze Zeit darauf beschäftigte sich dann auch der wissenschaftliche Beirat gelegentlich eines Gutachtens über die neue wirtschaftspolitische Linie der Bundesrepublik mit dem Problem der Mietenerhöhung, und heute scheinen sich die Pläne einer Mietenerhöhung mehr und mehr zu verfestigen.

Auf der einen Seite hat der wohnungswirtschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wohnungsbau in der ersten Januarhälfte in eindeutiger Weise gegen eine Erhöhung des Kapitalzinses Stellung genommen und seine Forderungen in einem „31-Punkte-Programm“ niedergelegt. Darin weist er u. a. darauf hin, daß die Diskonterhöhung im Hinblick auf die bestehenden und noch vorgesehenen Kreditkontrollen entbehrlich sei, zumal die Devisenlage spürbare Anzeichen einer Besserung aufweise. Die längere Beibehaltung des erhöhten Diskontsatzes würde aber eine allgemeine Steigerung des Kapitalzinses unvermeidlich machen. Ein höherer Kapitalzins jedoch würde die Wohnungswirtschaft einschneidend und nachhaltig ungünstig beeinflussen. Eine Erhöhung beispielsweise des Hypothekenzinses um 1 Prozent würde die auf dem Objekt ruhenden Dauerlasten im Neubau bei der heute üblichen Finanzierungsweise um rund 10

Prozent erhöhen. Die sich hieraus ergebenden Mietenerhöhungen könnten von den breiten Schichten der Bevölkerung aus den jetzigen Einkommen unmöglich aufgebracht werden.

Auch die Mieten des vorhandenen Wohnungsbestandes würden wegen der unvermeidlichen Anpassungsvorgänge von der Zinserhöhung nicht unberührt bleiben. Eine solche Erhöhung der Altmieten scheint aber, wie wir bereits sagten, ohnedies in den Plänen der Bundesregierung zu liegen. Es wird uns berichtet, daß man sich nach inzwischen beim Bundesminister für den Wohnungsbau gepflogenen Verhandlungen mit der Absicht trage, eine 30prozentige Erhöhung der Mieten vorzuschlagen. Anscheinend soll diese Mietenerhöhung zur Hälfte in die Kassen des Bundesfinanzministers fließen, der sie wiederum für den sozialen Wohnungsbau ausgeben würde, die andere Hälfte aber dem Hausbesitzer frei verfügbar bleiben; angeblich, damit dieser seinen Lastenausgleichsverpflichtungen nachkommen könne, zum andern aber auch, um mit diesem Mehretrag Nachholinstandsetzungen vorzunehmen.

An dieser neuen Lesart einer Mietenerhöhung stört, daß neuerdings die Hälfte über den Fiskus fließen soll, während nach den Vorschlägen des wissenschaftlichen Beirates, soviel bekannt wurde, vorher davon die Rede war, daß der ganze Betrag dem Hausbesitzer für die dringend notwendigen Nachholinstandsetzungen verbleiben sollte. Befindet sich nämlich erst einmal die Hälfte der geplanten Mietenerhöhung in den Kassen der Finanzverwaltung, dann braucht nur eine weitere zusätzliche Belastung — etwa Verteidigungsbeitrag, Erhöhung der Besatzungslasten — aufzutreten und es wird sehr schwer fallen, die ursprünglich für den sozialen Wohnungsbau vorgesehenen Anteile wieder herauszubekommen. Die Erfahrungen, die wir mit der öffentlichen Hand in der Rolle eines Investors gemacht haben, sind durchaus nicht ermutigend.

Klarheit dürfte indessen darüber bestehen, daß der Altwohnungsbestand der Bundesrepublik einen riesigen Nachholbedarf an Instandsetzungen hat. Mit den bisherigen Mieten sind diese Instandsetzungen nicht zu bewerkstelligen. Wenn man nun schon entschlossen ist, das sozialpolitische Wagnis einer Mietenerhöhung einzugehen, in dessen Gefolge es, wie bereits früher an dieser Stelle bemerkt, mit Sicherheit zu heißen Lohnkämpfen kommen würde, dann sollte man wenigstens dafür sorgen, daß endlich auch der Hausbesitzer zu seinem Recht kommt und seine Wiederherstellungsarbeiten durchführen lassen kann.

Besorgnis über steigende Baustoffpreise

Mill. t monatlich gekürzt werde, müsse der innerdeutsche Kohlenmangel so anwachsen, daß eine Produktionsverminderung in unverhältnismäßig großem Umfang eintrete.

BONN. — USA-Kohle für Exportbetriebe. Das Bundeswirtschaftsministerium hat sich entschlossen, 200 000 t Kohle aus den USA für die zusätzliche Belieferung der Exportindustrie einzuführen. Die Industrieverbände hatten einen zusätzlichen Bedarf von über 400 000 t angegeben.

HAMBURG. — Vorläufig keine Kohle aus England. Vertretern des Hamburger Kohlenimporthandels wurden kürzlich in London von Beamten des britischen Kohlenamtes nur geringe Hoffnung auf eine baldige Wiederaufnahme britischer Kohlenlieferungen gemacht.

BONN. — Eingeschränkte Reifenproduktion. Die Reifenproduktion im Bundesgebiet hat nach Mitteilungen aus der Kautschukindustrie seit Anfang des Jahres um rund 15 Prozent gesenkt werden müssen, weil Mangel an Festkunststoffen besteht, der seinerseits auf die allgemeine Verknappung von Zellstoff zurückgeht.

BONN. — Tarifverhandlungen im Bankwesen. Am 31. Januar haben Tarifverhandlungen für das private Bankgewerbe in Frankfurt begonnen. Gefordert wird eine 15prozentige Erhöhung der Mindestmonatslöhne, Fortfall des fünfprozentigen Abschlags in Bayern und eine angemessene Verbesserung der Haushalts- und Kinderzulagen.

FRANKFURT. — Sparkassen: Über eine halbe Mrd. DM für Wohnungsbau. Die Sparkassen des Bundesgebietes haben im Jahre 1950 insgesamt 507 Mill. DM an Hypothekenkrediten für den Wohnungsbau ausbezahlt. Von dieser Summe entfallen 252,3 Mill. DM auf den sozialen Wohnungsbau.

BONN. — 500 Mill. DM Bundesbürgschaften. Der Regierungsentwurf eines Gesetzes über die „Übernahme von Sicherheits- und Gewährleistungen zur Förderung der deutschen Wirtschaft“ ist dem Bundesrat zugeleitet worden und sieht eine Ermächtigung des Bundesfinanzministers vor, Sicherheits- und Gewährleistungen bis zu 500 Mill. DM zu übernehmen.

BONN. — Luftpostzuschläge werden nicht ermäßigt. Das Bundespostministerium hat die Empfehlung des deutschen Industrie- und Handelslages, im Interesse der Außenwirtschaft die Luftpostzuschläge zu ermäßigen, abgelehnt. Es weist darauf hin, daß trotz Änderung des

Kapitalflucht

JK. Schon in der vergangenen Woche berichteten wir über den Rückgang der DM-Notierung im freien Schweizer Devisenverkehr. Die Entwicklung läßt sich übrigens an der zu jedem Wochenende veröffentlichten Umrechnungstabelle gut ablesen. Nach ihr ist der DM-Kurs von etwa 80 Schweizer Franken Mitte Dezember 1950 auf etwa 73 Schweizer Franken am 25. Januar für 100 DM gesunken. Interessant ist, was eine Großbank zu dieser Erscheinung mitzuteilen weiß. Nach ihrer Auffassung sind es die hohen Steuersätze und insbesondere die neuen Steuerpläne der Bundesregierung, die eine verstärkte Flucht des deutschen Geldes nach der Schweiz ausgelöst haben. Andere Stimmen wieder weisen darauf hin, daß größere Kapitalverlagerungen nur sehr begrenzt möglich seien und daher auch nicht die eigentliche Ursache sein könnten. Im Ausland rechne man vielmehr über kurz oder lang mit der Übertragbarkeit der Sperrmarkguthaben. Mit Rücksicht auf diese Möglichkeit würden sich die bisherigen Käufer freier DM zurückhalten, weil sie später die Sperrmark unter Umständen billiger erwerben könnten als heute die freie DM. Bei der Enge des Marktes reichte aber eine verminderte Nachfrage schon aus, Kurzurückgänge auszulösen.

Wahrscheinlich treffen beide Deutungen zu einem Teil zu. Sie lassen aber einen weiteren Grund außer acht: die allgemeine Unsicherheit, die aus der gespannten weltpolitischen Lage entspringt. Wenn immer nämlich kriegerische Entwicklungen in den Bereich des Möglichen treten, sucht sich unkontrollierbares Geld dort eine Sicherheit, wo sie dem Anschein nach noch zu finden ist. Volkswirtschaften, die unter dem Zwang großer Rüstungsausgaben stehen, erleben dann meist eine Flucht aus dem Geld in die Sachwerte oder — wo dies möglich ist — in das Gold, die beängstigende Formen annehmen kann.

Eine solche Erfahrung machen gegenwärtig die USA. War vor einem halben Jahr der Dollar noch die „härteste Währung“, so findet heute eine regelrechte Flucht aus dem Dollar statt. So betragen die Goldabgaben der USA in den letzten zwölf Monaten 1,8 Milliarden Dollar, aber in den letzten Wochen, eigentlich erst seit Jahresbeginn, stiegen die Goldabgaben auf eine Höhe, die einem Jahresbetrag von 8 Milliarden Dollar entsprechen. Dabei betrug die US-Goldreserve Anfang 1951 noch 22,5 Milliarden Dollar, die satzungsgemäße Goldreserve beziffert sich auf 10,5 bis 11 Milliarden Dollar.

Diese Feststellungen zeigen, daß eine umfangreiche Kapitalbewegung in Gang gekommen ist. Ihre Größe läßt sich nur ahnen. Nicht zu bezweifeln, daß der Dollar im Begriff steht, seine Vormachtstellung als König der Währungen zu verlieren. In den Notierungen der Schweiz hat er bereits seine unterste Paritätsgrenze erreicht. Amerikanische Sachverständige weisen auf den seit Korea eingetretenen Verlust an Kaufkraft des Dollars hin und sehen eine weitere Abnahme der Kaufkraft um etwa 10 Prozent im Jahre 1951 voraus. Als Ursachen werden angegeben: die durch das amerikanische Rüstungsprogramm ausgelösten Befürchtungen einer amerikanischen Inflation, und der stärkere Anfall von Dollar aus der Aufzehrung nach den Vereinigten Staaten. Eine amerikanische Inflation? Vor wenigen Tagen haben wir gehört, daß die US-Regierung den Preis- und Lohnstopp als Gegenmaßnahmen eingeführt hat. Nach unseren Erfahrungen ist nicht anzunehmen, daß diese Mittel allein genügen, eine Inflation zu verhindern. Allenfalls können sie für einige Zeit die Inflation verstockt halten, denn ein Rüstungsprogramm des geplanten Ausmaßes bewegt nun einmal eine riesige Geldmenge, deren Aborbierung auch nicht durch noch so drakonische Steuern möglich ist.

Angesichts der wirklich ernsten Erscheinung der Dollar-Flucht und des Kaufkraftverlustes dieser für die westliche Welt repräsentativen Währung ist der DM-Kursverlust im Schweizer Freiverkehr gewiß nicht tragisch zu nehmen. Aber es gibt kein restlos wirkendes Mittel, Kapitalflucht in unruhigen Zeiten zu verhindern. Es ist besonders das „heiße“ Geld, das hinter dem Rücken der Finanzbehörde angesammelt wurde, das auf diese Weise Anlage und Sicherheit sucht.

Der Konstrukteur aus Leidenschaft

Zum Tode Ferdinand Porsche

Am 30. Januar 1951 ist Prof. Dr. h. c. Ferdinand Porsche, der berühmte Automobil- und Rennwagenkonstrukteur, im Alter von 75 Jahren, wie wir in einem Teil unserer Ausgaben noch kurz melden konnten, an den Folgen eines Schlaganfalls, zu denen eine Lungen- und Venenentzündung hinzugekommen war, gestorben.

Mit Porsche hat die Welt ein technisches Genie verloren. Am 3. November 1875 in Maffersdorf in Böhmen als Sohn eines Baupenglers geboren, erlernte Porsche zunächst das Handwerk seines Vaters, besuchte einige Gewerbeschulen für Maschinenbau, als Gasthörer auch die Technische Hochschule in Wien und wurde, wenig über 20 Jahre, Praktikant einer Wiener Elektrowerkstatt. Dort konstruierte er 1899 ein „Elektromobil“, den auf der Pariser Weltausstellung von 1900 gezeigten „Lohner-Porsche“-Wagen, der größtes Aufsehen erregte. 1906 war Porsche bereits technischer Direktor und 1916 Generaldirektor der Daimler-Werke in Wiener Neustadt. In der Zeit nach dem ersten Weltkrieg erlangte er die im heutigen Fahrzeugbau überall verwandte Drehstabfederung, ging 1923 als technischer Direktor zu Daimler-Benz nach Stuttgart und 1929 in gleicher Eigenschaft zu den Steyrwerken nach Österreich. 1930 gründete er in Stuttgart ein eigenes Konstruktionsbüro und war außerdem als Konstrukteur für die Wanderer-Werke am Bau des Auto-Union-Rennwagens beteiligt.

Im zweiten Weltkrieg schuf Porsche Gasgeneratoren für Personen- und Lastwagen sowie einen Zweitakt-Dieselmotor. Nach dem Krieg war Porsche vorübergehend inhaftiert, versuchte 1947 in Italien weiter zu arbeiten, kehrte aber über die Schweiz nach Österreich zurück und baute dort ein neues Werk auf. Im März 1949 überreichte er die Welt auf der Genfer Automobil-Ausstellung mit seinem neuen Sportzweiräder, dem inzwischen allbekannt gewordenen „schnellen Reisewagen“.

Das sind die Daten: Klempnerlehrling, autodidaktischer Erfinder, 17 Jahre Direktor, Chefkonstrukteur und Rennfahrer bei den Austro-Daimler-Werken, Schöpfer von Flugzeugen und Flugzeugmotoren. Später Direktor des Daimler-Stammwerkes in Stuttgart-Untertürkheim, wo unter seiner Mitwirkung die neuen Typen der Mercedes-Wagen geschaffen wurden. Und über allem die geniale Konstruktion des Volkswagens.

Unnötige Importerschwerungen

Protest der Mineralölwirtschaft zum Depotzwang

Zu den geringeren Einfuhrmöglichkeiten aus Gründen der Verknappung und Preissteigerung erwachsen für die Einfuhr von Mineralölprodukten und Rohöl weitere Schwierigkeiten aus den neuen Bestimmungen über das Importverfahren. Hier macht sich besonders das durch Einschaltung der Landeszentralbank usw. langwierige Verfahren der Erteilung der Importlizenzen im Rahmen der liberalisierten Handelsverträge außerordentlich störend bemerkbar. Gerade bei der derzeit angespannten Liefersituation ist es praktisch nahezu unmöglich, Importe durchzuführen, da die ausländischen Lieferanten nicht bereit sind, Festangebote für die Zeitspanne aufrechtzuerhalten, die gewöhnlich zwischen dem Datum der Beantragung der Importlizenzen und dem ihrer Erteilung liegt.

der heute zu Hunderttausenden auf den Straßen Europas anzutreffen ist und der sich nun auch anschießt, sich in den übrigen Erdteilen den gebührenden Platz zu erobern. Konstrukteur aus Leidenschaft, zeitweise auch Rennfahrer, immer aber unermüdlicher Arbeiter, dessen forschender, drängender Geist die Motorisierung weit vorantrieb und dessen Name ebenbürtig neben denen der anderen großen Autopioniere eines Benz, Daimler, Horch und Maybach steht. Ihm war es vergönnt, mit eigenen Ideen und unter dem schweren Druck zweier Weltkriege zur Reife der Vollendung zu bringen, was seine Vorgänger in den Konstruktionen des motorisierten Verkehrs erträumt und plant.

Wichtiges in Kürze

STUTT GART. Die technische Kommission des württembergisch-badischen Städteverbandes, der staatlichen Baubehörden der Bundesbahn und der deutschen Post hat sich mit der neuesten Entwicklung auf dem Gebiet der Bauwirtschaft befaßt und als Ergebnis ihrer Beratungen darauf hingewiesen, daß das Ansteigen der Baukosten Besorgnis erzeuge. Einige Erhöhungen von Baustoffpreisen könnten nur durch Mangel oder Hortung bedingt sein. Es werden unverzüglich Maßnahmen gefordert, die gewährleisten, daß die zur Ausführung lebensnotwendiger Bauaufgaben erforderlichen Baustoffe in ausreichender Menge zu volkswirtschaftlich vertretbaren Preisen zur Verfügung stehen.

ESSEN. — Volkswagen werden nicht teurer. Obwohl seit Mitte des Jahres 1950 Materialverteuerungen in Höhe von 330 DM je Wagen eingetreten seien, sollen die Preise des Volkswagens nach Angabe von Generaldirektor Nordhoff nicht erhöht werden. Auch die Erhöhung der Umsatzsteuer soll sich im Preise nicht auswirken.

BERLIN. — Warnung vor Produktionsrückgang durch Kohlenmangel. Die für Anfang 1951 in Aussicht gestellte Erleichterung der Kohlenversorgung ist nach Berichten der westdeutschen Industrie- und Handelskammern nicht eingetreten. Es werde vielmehr mit einer weiteren Verschärfung der Versorgungslage zu rechnen sein; wenn die Ausführungsquote nicht mindestens um 1

Als eine ganz besonders schwerwiegende und ungerechtfertigte Belastung wird von der Mineralölwirtschaft die Einführung des Depotzwanges in Höhe von 25 Prozent empfunden, ungerechtfertigt deshalb, weil von der dem Depotzwang zugrunde liegenden, an sich verständlichen Absicht, unnötige Einfuhren aus Gründen der Verbesserung unserer Devisenbilanz zu erschweren, auch Mineralöl betroffen werden, deren Einfuhr überwiegend schon staatlich gelenkt wird und dabei nur den allernotwendigsten lebenswichtigen Bedarf deckt. Der Mineralölwirtschaftsverband hat an den Einfuhrausschuß den dringenden Antrag gestellt, für Mineralöl-Einfuhren mit Rücksicht auf die ohnedies beträchtlichen Schwierigkeiten auf die Gestellung des Bardepots zu verzichten.

Auch Wasser ist ein kostbarer Rohstoff

Wir in Südwürttemberg haben zu wenig / Das Problem unserer Wasserversorgung

A.H. Tübingen. Augenblicklich fehlt es uns keineswegs an Wasser, es war eher zuviel, was die letzte Zeit unsere Bäche und Flüsse hinabgeflossen ist. Darum mag die folgende Darstellung wenig aktuell erscheinen. Unsere Wasserversorgung kann sich aber über kurz oder lang wieder ändern. Und eines schönen Tages ist es dann vielleicht wieder so weit, daß der Leitungsbahn kein Wasser mehr hergibt, das Geschirr sich ungespült auf dem Küchentisch stapelt und man zur Rasur eine Flasche Sprudel aufmacht, weil man mit seinem Bart ja nicht warten kann, bis es wieder aus dem Hahnen tröpfelt. Es gab noch groteskere Situationen in den Trockenjahren 1947 bis 1949. Grotesk eben deshalb, weil wir unser ganzes Leben darauf eingestellt haben, daß uns Wasser für jeden Zweck in unbegrenzter Fülle zur Verfügung steht. Das ist eine der Täuschungen, denen sich der Zivilisationsmensch so gerne hingibt. Heute merken wir es bei Gas und Elektrizität. Wir sollen damit sparen, weil die Kohle rar ist, aus der man beides macht.

Wir in Südwürttemberg sind arm an beldem, an weißer und an schwarzer Kohle. Schwarze Kohle gibt es bei uns überhaupt nicht und weiße ... ja gibt es denn bei uns nicht Quellen und Grundwasser genug? Nein, wird der Fachmann sagen. Da haben wir zum Beispiel die Alb, auf deren Hochflächen sich auch in Regenjahren selten Wasser findet, weil es sofort im Karstgestein verschwindet. Und der Schwarzwald? Auch hier ist es mit dem nassen Element nicht so weit her, wie man allgemein annimmt, wenigstens nicht im württembergischen Teil des Gebirges, der größtenteils in Regenschatten liegt. Denn die durch die Burgundische Pforte (zwischen Vogesen und Schweizer Jura) vom Atlantik herübergetragene Feuchtigkeit schlägt sich größtenteils auf der dem Rhein zu gelegenen badischen Gebirgsselle nieder.

Der Wasserverbrauch ist gestiegen

Trotzdem, es gibt natürlich viel wasserärmere Landstriche in Deutschland. Was die Wasserversorgung in den drei Trockenjahren bei uns so groß werden ließ und auch für die Zukunft als ernste Gefahr erscheinen läßt, ist weniger natur- als kulturbedingt. Die Bevölkerung hat, vor allem durch den Flüchtlingsstrom, stark zugenommen. Dabei ist nicht nur der absolute, sondern auch der spezifische Wasserverbrauch pro Kopf gestiegen, das heißt der Wasserverbrauch ist im Haushalt (Bad, Spülkloset usw.), in der Industrie und in der Landwirtschaft (z. B. durch die neuerdings eingeführte Gülleverschleudung, das heißt Berieselung der Wiesen mit Gülle, die durch Wasser verdünnt ist) seit den Jahren nach dem ersten Weltkrieg wesentlich gestiegen. Von 1935 bis 1948 ist aber wegen Materialmangel — die Rüstung verschlang alles — an der Wasserversorgung kaum weitergebaut oder auch nur repariert worden. Dazu kommen, örtlich sehr verschieden, die Folgen der Entwaldung, die sich darin äußern, daß der Boden die Niederschlagsfeuchtigkeit rascher an die Bäche und Flüsse abgibt, statt sie für die Quellen und das Grundwasser zu speichern.

Man rechnet heute, verschieden nach ländlicher oder städtischer Siedlung, mit einem maximalen Wasserverbrauch pro Person und Tag von 100 bis 250 Liter. Ebenso müssen für jedes Stück Großvieh und je fünf Stück Kleinvieh 100 Liter pro Tag angesetzt werden, dazu kommen noch Verbrauchssätze für landwirtschaftlichen Sonderbedarf und die Industrie. Für die Zukunft rechnet die Straßen- und Wasserbaubehörde des Innenministeriums von Württemberg-Hohenzollern mit einem maximalen Landeswasserbedarf von 4900 Liter pro Sekunde. Gemessen an der Niedrigwasserführung unserer Flüsse bei Über-

schreitung der Landesgrenze ist das ein Fünftel, während der Reichsdurchschnitt früher drei bis fünf Prozent betrug.

Hochbehälterraum zu klein

Von den 921 Gemeinden unseres Landes besitzen 90 Prozent eine Zentralwasserversorgung (Wasserleitung), durch die 95 Prozent der Bevölkerung mit Wasser versorgt werden, vielmehr versorgt werden sollen. Denn, wie oben erwähnt, ist ein Großteil unserer Wasserversorgungsanlagen überaltert und in der Bemessung längst nicht mehr ausreichend. So besitzt z. B. unser Land einen Hochbehälterraum von insgesamt 210 000 Kubikmeter, während die Abteilung für Straßen- und Wasserbau für den bis in etwa 30 Jahren zu erwartenden Wasserbedarf des Landes einen notwendigen Hochbehälterraum von 550 000 Kubikmeter errechnet, so daß also noch 340 000 Kubikmeter gebaut werden müßten.

Die Beschaffung der zusätzlichen Wassermengen für die Wasserversorgung unserer Städte und Gemeinden stößt in vielen Teilen unseres Landes auf größte Schwierigkeiten, weil hier die erforderlichen Wasservorkommen fehlen oder vorhandene Wasservorkommen wegen ihrer hygienischen oder chemischen Beschaffenheit (z. B. hohe Härtegrade infolge Gipsgehalt) zur Trinkwasserversorgung nicht zu verwenden sind.

Man wird daher nicht mehr lange daran vorbeikommen, die fehlenden Wassermengen in diese Mangelgebiete unseres Landes aus geeigneteren Teilen oder aus außerhalb württembergischer Gebiete auf verhältnismäßig weite Strecken herzuholen, d. h. auch für Würt.-Hohen-

zollern ist die Schaffung einer Landeswasserversorgung eine Aufgabe der nächsten Zukunft geworden.

Verschmutzung der Gewässer

Eng verbunden mit den Schwierigkeiten der Wasserversorgung ist das Problem der Abwasserbeseitigung. Die Abwässer aus den Haushalten und Fabriken werden immer umfangreicher und schmutziger. An ihrer Mündung in den Neckar bei Kirchentellinsfurt führt die Echa, die von Unterhausen, Pfullingen, Reutlingen herkommt, fast doppelt soviel Abwasser wie klares Flußwasser. In der Donau unterhalb Tuttlingen und in der Schmieda bei ihrer Mündung in die Donau in der Nähe von Sigmaringen ist das Verhältnis noch schlechter. Unsere Flüsse und Bäche sind zum Teil geradezu katastrophal verschmutzt. Aus dem sie begleitenden Grundwasserstrom gewinnen wir aber einen großen Teil auch unseres Trinkwassers. Wenn Städte und Fabriken nicht in größerem Maße daran gehen, Abwasserreinigungsanlagen zu schaffen, sind gesundheitliche Schäden auf der Dauer unvermeidlich. Wenn bei einer Untersuchung von 2164 Wassergewinnungsanlagen das Wasser in 70 Prozent der Anlagen hygienisch beanstandet werden muß, so spricht das Ergebnis eine deutliche Sprache.

Am rationellsten und sichersten arbeiten Sammelkläranlagen für ganze Städte, wie sie bereits in Tübingen, Rottweil, Ebingen, Weingarten, Friedrichshafen und anderen Gemeinden verwendet werden. Für kleinere Siedlungen empfehlen sich Gruppenkläranlagen. Die Haus- oder Kleinkläranlage genießt beim Fachmann, wie auch kürzlich auf der Abwassertagung in Stuttgart zu hören war, kein großes Vertrauen, da ihre Wartung meist zu wünschen übrig läßt.

Südwestdeutsche Chronik

Wurm bedauert Niemöller-Außerungen

Stuttgart. Altlandesbischof Wurm erklärte am Dienstag vor dem Landeskirchentag der evangelischen Kirche Württembergs, Kirchenpräsident Niemöller sei zuweilen zwar ein guter Evangelist, aber die Sprengwirkung seiner Äußerungen sei größer als deren Aufbaukraft.

Am Mittwoch wurde über die Frage der Einführung eines einheitlichen Gesangbuches der evang. Kirche in Deutschland beraten. Landesbischof Haug sagte, eine grundsätzliche Ablehnung eines neuen einheitlichen Gesangbuches sei nirgends festzustellen. Die Frage soll durch einen Ausschuss weiterbehandelt werden.

Zwei weitere Schwerverletzte starben

Stuttgart. Das schwere Straßenbahnunglück am Montagmorgen hat inzwischen noch zwei weitere Todesopfer gefordert, so daß sich die Gesamtzahl der Toten auf vier erhöht.

Mit Leuchtgas vergiftet

Stuttgart. Eine 37 Jahre alte Frau und ihre 12jährige Tochter sind am Montagabend in ihrer Wohnung in Stuttgart-Vaihingen tot aufgefunden worden. Die Frau hat sich und ihrer Tochter mit Leuchtgas das Leben genommen.

Strafverfahren gegen tbc-kranken Lehrer

Stuttgart. Kultminister Dr. Schenkel gab am Mittwoch vor dem Landtag bekannt, daß sein Ministerium gegen den Rektor der Volksschule in Tamm bei Ludwigsburg ein Dienststrafverfahren eingeleitet habe. Der Rektor, der an offener Tbc leidet, hatte nach den Feststellungen des Ludwigsburger Gesundheitsamts 19 von den 31 Kindern der 8. Klasse seiner Schule angesteckt. Für 7 Kinder ist die Aufnahme in eine Heilanstalt angeordnet worden. Innenminister Ulrich betonte, jedem Lehrer

sei es grundsätzlich verboten, das Schulgebäude zu betreten, solange er an Tbc oder einer andern ansteckenden Krankheit leide. Sofern ein Lehrer nur irgendwelchen Verdacht hege, daß er an einer ansteckenden Krankheit leide, müsse er das Gesundheitsamt benachrichtigen. Außerdem würden die Lehrer jedes Jahr auf Tbc geröntgt.

Die Folge eines Spasses?

Stuttgart. Vor einigen Tagen war eine Frau, die am Ertrinken war, von Passanten aus dem Neckar gezogen worden. Nach ihren ersten ungedeuteten Angaben wurde vermutet, daß sie von ihrem 82jährigen Mann, dem Kraftfahrer Wilh. Stark aus Zuffenhausen, in den Fluß gestoßen worden sei. Die Polizei leitete, wie wir gestern berichteten, eine Fahndung nach dem vermeintlichen Mörder ein. Wie die Frau nun neuerdings erklärt, war Stark mit seiner Frau am Neckar entlang spazieren gegangen und hatte, um sie zu erschrecken, einen Sprung in Richtung auf den über die Ufer getretenen Neckar gemacht, wobei er ausgerutscht und von den Fluten erfaßt worden sei. Dabei sei sie, die er an der Hand gehalten habe, ins Wasser gezogen worden. Während die Frau gerettet werden konnte, ist Stark selbst offenbar ertrunken. Nach seiner Leiche wird gesucht.

Stand der Maul- und Klauenseuche

Tübingen. Nach dem Stand vom 31. Januar sind in Württemberg-Hohenzollern von der Maul- und Klauenseuche noch betroffen: der Kreis Saulgau mit den Gemeinden Uttenweiler, Betzenweiler und Offingen; der Kreis Ebingen a. D. mit den Gemeinden Sauggart und Dietershausen, Grundheim, Erzingen, Unterstation, Gamerschwang und Hunderingen; der Kreis Biberach mit den Gemeinden Burgrieden und Untersulmetingen und der Kreis Tuttlingen mit der Gemeinde Tuningen.

In Nordwürttemberg: die Kreise Aalen, Leonberg, Ludwigsburg, Backnang und Vaihingen a. d. Enz. In Nordbaden: die Kreise Karlsruhe, Bruchsal, Sinsheim, Mannheim, Heidelberg, Pforzheim und Mosbach. In Südbaden: die Kreise Bühl, Donaueschingen, Emmendingen, Freiburg, Kehl, Lörrach, Müllheim, Neustadt, Rastatt und Wolfach. Im bayerischen Regierungsbezirk Schwaben die Kreise Nördlingen und Memmingen.

Einer ist geschnappt

Ravensburg. In der Nähe von Bonn wurde der Frankfurter Spediteur Erich Kraft verhaftet, der im Verdacht steht, zusammen mit den Frank-

Der evangelische Landesbußtag

Tübingen. Die Staatskanzlei von Württemberg-Hohenzollern teilt mit: Am evang. Landesbußtag, 11. Februar, sind Sportveranstaltungen sowie alle sonstigen öffentlichen Veranstaltungen mit Ausnahme der Darbietungen von Werken kirchlicher Tonkunst sowie von Filmvorführungen, für die eine besondere Befreiung erteilt worden ist, verboten. Dies gilt nur in den Gemeinden, in denen der evangelische Landesbußtag herkömmlicherweise als Festtag gefeiert wird, und in den Gemeinden, deren Einwohner überwiegend dem evang. Bekenntnis angehören.

furter Spediteuren Gebr. Schwarz im Frühjahr 1950 an die 100 Millionen Zigaretten aus der Schweiz nach Deutschland geschmuggelt zu haben. Die Spediteure hatten sich den Zollfahndungsstellen zunächst als Vertrauensleute angeboten und später selbst geschmuggelt. Als sie verdächtigt wurden, ergriffen sie die Flucht. Kraft wird in diesen Tagen in das Untersuchungsgefängnis Ravensburg überführt. Nach den beiden anderen Spediteuren wird noch gefahndet.

Sie wollte ihren Mann vergiften

Lindau. Das Schwurgericht in Lindau verurteilte am Dienstag die 62jährige Bauerfrau Elisabeth Schöber aus Harbatschhofen im Kreis Lindau wegen versuchter Vergiftung ihres Ehemannes zu einem Jahr Zuchthaus. Die Ehe der Angeklagten war durch ihr Verschulden seit Jahren zerrüttet. 1945 hatte sie ihrem Mann nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft das Betreten des Hofes verboten und ihn erst nach Untersuchen eines „Friedensvertrages“ wieder aufgenommen. Nach einem erneuten Streit mit ihrem Mann, der sich inzwischen dem Alkohol ergeben hatte, setzte die Angeklagte ihm im Juni 1949 eine Suppe mit Strychnin vor, die der Bauer aber wegen des bitteren Geschmacks nicht zu sich nahm. Das Gericht sah den Tötungsversuch als nicht erwiesen an und glaubte der Frau, daß sie ihrem Mann lediglich habe einen „Denkzettel“ geben und ihn gesundheitlich schädigen wollen.

Acht Altmateriale diebe festgenommen

Rastatt. Die Kriminalpolizei hat acht Altmateriale diebe aus Rastatt und Mannheim festgenommen, die von Oktober bis Dezember 1950 fünfmal im Elektrizitätswerk Glatten bei Freudenstadt Kupferdraht mit einem Gesamtgewicht von rund drei Tonnen gestohlen, mit einem Pkw-Anhänger abgefahren und in Mannheim bzw. Ludwigshafen verkauft haben. Ihr Gesamterlös betrug 10 000—12 000 DM. Außerdem konnten ihnen einige Altmateriale diebstähle in einem Rastatter Industriebetrieb nachgewiesen werden.

Einer der Diebe, ein 31jähriger Rastatter, ist am 26. Dezember in Helmstedt auf der Flucht in die Ostzone festgenommen worden. Er soll zuvor bei Eschwege einen Mann tödlich überfahren und Fahrerflucht begangen haben.

Flüchtige Bandenverbrecher

Kaiserslautern. Die am Montagabend aus der Strafanstalt Gernersheim (Pfalz) geflohenen Straflinge Richard Dehaut und Grünwald Flickinger, die im Neumühler Bandenprozess zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden waren, wurden mittlerweile am Dienstagabend in Weidental und Mittwochfrüh im Wald bei Krickenbach im Kreis Kaiserslautern gesehen. Während sie am Dienstag noch Straflingskleidung trugen, hatten sie am Mittwochfrüh braune Windjacken an. Gendarmerie und Polizei, die mit stärkstem Aufgebot nach den beiden Bandenverbrechern fahnden, rufen die Bevölkerung zur Mitarbeit bei der Auffindung und Festnahme der Verbrecher auf.

Wie wird das Wetter?

Aussichten bis Samstagabend: Vielfach neblig, höchstens zeitweise aufhellend, vorübergehend leichte Schneefälle. Temperaturen tagsüber um 0 Grad, nachts unter 0 Grad, oberhalb 600 m dauernd Frost.

Straßenzustand am Donnerstag

Im Schwarzwald und auf der Alb verbreitet starkes Glatteis, im Oberland Glätte, meist taues. Im Allgäu einige cm Neuschnee. Es wird gestreut. Der Verkehr ist in höheren Lagen des Schwarzwalds, der Alb und des Oberlandes stark behindert, im übrigen Landesgebiet stellenweise behindert.

Andeel Ostler ist Doppelweltmeister

Der deutsche Bobmeister holte sich im Viererbob seinen zweiten Weltmeistertitel

Der mehrfache deutsche Bobmeister Anderl Ostler (SC Riessee) holte sich am Mittwochmittag auf der Bobbahn in Alpe d'Huez auch den Weltmeistertitel im Viererbob, nachdem er zusammen mit seinen schwergewichtigen Bremser Lorenz Nieberl am Sonntag bereits Weltmeister im Zweierbob geworden war. Damit hat Ostler für die deutschen Farben die ersten beiden Weltmeistertitel nach dem Krieg errungen. Zusammen mit Ostler stellen die Beifahrer Nieberl, Fössinger und Letzl auf der 1944 m

langen Bahn in zwei Läufen neue Bahnrekorde auf. Im Viererbob erzielten sie die Zeit von 1:11,68 Minuten. In den letzten drei Jahren waren die Amerikaner Träger des Weltmeistertitels im Viererbob.

Künftig nur ein Jugendmeister

In Württemberg wird künftig nur ein einziger Fußball-Jugendmeister ermittelt werden. Die Jugendausschüsse der Fußballverbände von Nord- und Südwürttemberg beschlossen auf einer Tagung in Nürtingen, zur Förderung des von beiden Verbänden gewünschten Zusammenschlusses eine gemeinsame Jugend-Repräsentativ-Mannschaft zu bilden, die aus sechs Spielern aus Nord- und fünf Spielern aus Südwürttemberg bestehen soll. Das erste Spiel ist im März gegen Südbaden geplant.

Tübinger Studenten fahren nach England

Das University College Leicester und die Universität Tübingen kamen überein, ihre langjährigen Beziehungen auch auf das sportliche Gebiet auszuweiten. So wird die Studenten-Fußballmannschaft des AFC (Association Football Club) Leicester am Ostern nach Deutschland reisen und in Süddeutschland mehrere Spiele austragen. Die Fußballer der Universität Tübingen wird an Pfingsten zum Gegenbesuch nach England fahren und dort als einzige deutsche Studententeam und zugleich als dritte deutsche Gastmannschaft neben den beiden vom DFB bei den Britischen Festspielen vertreten.

Kurz berichtet

Sepp Wellner belegte in der 1. Runde des Skiflugturniers in Arosa am Mittwoch den 7. Platz. Die ersten Plätze errangen Finnen und Schweden. Wellner sprang 87 und 67,3 m weit und erhielt die Note 21,5. Erster wurde Matti Pietikäinen mit 88 und 88 m und der Note 21,5.

An der Internationalen Wintersportwoche in Chamoni (Frankreich), die gestern begonnen hat, nehmen folgende deutsche Skiläuferinnen teil: Annemarie Buchner-Fischer (Garmisch), Dr. Hildesheim Gärtnner (Freiburg), Lisa Leismüller (Partenkirchen), Hannelore Franke (FÜRth) und Ossi Reichert (Sonthofen). Deutsche Skiläufer starten nicht in Chamoni.

Im dritten Bodländerkampf Deutschland-Oesterreich trennten sich am Mittwochabend in der Berliner Sporthalle am Funkturn die Amateurmansschaften beider Nationen 10:10 unentschieden.

Zu Haupt- und Obernarren ernannt

Waldsee. In origineller Weise hat Staatspräsident Dr. Gebhard Müller „am Tag sanctae simplicitatis 1951“ eine Einladung beantwortet, die der Bürgermeister der oberschwäbischen Narrenhochburg Waldsee zum Besuch der historischen Waldseer Fasnet an ihn gerichtet hatte.

Weil der Staatspräsident zu seinem „Bedauern und Leydwesen mit sein werden in der Lage, das Glück mit Unserem vielgeliebten Volk zu genießen“, hat er mit einem feierlichen Dekret in alter Ausdrucksweise, in dem er sich humorvoll als den „von Gottes Schickung und Fug und von der Leuthen Gnaden auf täglichen Wider-ruf bestellten Präsidenten der Stammlande der schwäbischen Narren“ bezeichnet, den Waldseern folgende Auszeichnung verliehen und versegelt: „In Anerkennung der unvergänglichen Verdienste um die wahrhaft weise und gottgefällige Narretei haben Wir beschlossen, daß kraft Unserer allmächtigen Ohnmacht mit Wirkung vom Rosenmontag alle künftigen Narren sollen ernannt seyn zu Haupt- und Obernarren und daß

dies Titulum sull vererblich seyn im Mannes- und Welberstamm bis ins stobente Glied.“

Die Waldseer Narren werden diese in der Geschichte ihrer Fasnet einmalige Urkunde mit derselben Ehrerbietung aufbewahren, wie die Stockacher die Urkunde der Verleihung der Narrengerichtsbarkeit an ihren Hans Kuony durch Herzog Leopold.

Im Blick auf das Narrentreffen 1952

Rottenburg. Im Hinblick auf das im nächsten Jahr hier stattfindende schwäbisch-alemannische Narrentreffen hat die Rottenburger Narrenzunft schon für dieses Jahr eine Fasnacht vorbereitet, die alles Bisherige überbietet soll. Den glanzvollen Höhepunkt wird der 14.30 Uhr beginnende große Umzug am kommenden Sonntag bilden, an dem 40 Gruppen teilnehmen. Anschließend wird auf dem Marktplatz das historische Reittournee abgehalten. Für die abendlichen Maskenredouten steht die nürtsch geschmückte Festhalle bereit. Vom nürtschlichen Hexentanz am gestrigen „Schmotzigen Donschtig“ wird Studio Tübingen am morgigen Samstag von 17.40—18 Uhr Ausschnitte übertragen.

Auch das wurde berichtet

Durch die unverschlossene Gittertür einer Ulmer Tierhandlung drang ein Bär in den Käfig eines jungen Löwen und zerfleischte seinen Nachbarn nach kurzem Kampf.

In der Nähe von Crailsheim wurde ein tschechischer Emigrant im Orientexpress verhaftet. Er fühlte sich in Paris vor den Kommunisten nicht mehr sicher und wollte ohne Fahrkarte nach Bayern. Als Maskierung gegenüber seinen Feinden hatte er sich Haar und Bart lang wachsen lassen und die Fahrt unter einer Bank bis Crailsheim durchgehalten. Als er sich dort hervortragte, fiel eine Frau in Ohnmacht; die andere Abteilungsleute verurteilten die Bahnpolizei. Der Mann bekam wegen illegalen Grenzübertritts ein paar Wochen Gefängnis.

In Eschach bei Schwäbisch Gmünd war ein 12jähriger Bub von seiner Mutter gerächtigt worden. Als er nachher Futter auf dem Heuboden holen sollte, setzte er mit einer Kerze das Stroh vorsätzlich in Brand. Dann begab er sich in die Küche, ohne sich etwas anmerken zu lassen. Wäre das Feuer nicht rechtzeitig von einem Passanten entdeckt worden, so wäre wohl das ganze Anwesen dem Brand zum Opfer gefallen.

Auf einem Hof bei Künzelsau hatte sich ein Rind losgerissen und fraß im Stall zum Trocknen gelagerte Kartoffeln. Dabei blieb dem

Tier eine Kartoffel im Hals stecken, so daß es notgeschlachtet werden mußte.

Das Amtsgericht Überlingen verurteilte einen 20jährigen Burschen wegen Körperverletzung zu 75 DM Geldstrafe, weil er am Nikolaustag, als Nikolaus verkleidet und von einigen Jugendlichen ziemlich handgreiflich geprügelt, einem der Plagegeister mit der Glocke auf den Kopf schlug. Dieser etwas harte „Glockenschlag“ hatte eine schwere Kopfverletzung zur Folge.

Während ein Landwirt in der Umgebung von Offenburg eine gefällte Buche zerlegte, schnellte ein durch den Sturz eingeklemmter Ast plötzlich zurück und traf einen 15jährigen Jungen so schwer am Kopf, daß der Schädel eingeschlagen wurde. Der Knabe war sofort tot.

In einem oberbayerischen Krankenhaus war ein sechsjähriger Bub am Blinddarm operiert worden. Das Kind litt sehr unter dem Heimweh. Nach drei Tagen verließ es nachts die Kinderabteilung und lief im Nachthemd ohne Schuhe zum Haus seiner Großmutter. Die Oma war nicht wenig überrascht, als der Junge nachts plötzlich am Fenster klopfte. Sie wollte ihn wieder ins Krankenhaus zurückbringen, aber der Bub blieb in seinem Bettchen bei der Großmutter. Es war übrigens das viertelmal, daß das Kind aus dem Krankenhaus fortlief.

Schlachtviehmarkt Stuttgart

Donnerstag, den 1. Februar

Auftrieb: Rinder 170, Kälber 11, Schweine 249, Schafe 20. Preise: Ochsen alt a 60—70, b 56—62; Färsen a 79—88, Kühe jung b 54—58, e 48—52, Schweine b 1, b 2, c 133—140. Marktverlauf: Rinder schleppend, größerer Überstand. Bullen schlecht verkäuflich, Schweine langsam. Die Zufuhr bestand zum größten Teil aus leichten Schweinen.

Russen haben die Me 163

Deutsche „Kraffteier“ eine gefährliche Waffe / Amerikaner bereuen verpaßte Chancen

Während einer Debatte im US-Kriegsministerium über grundlegende Verteidigungsfragen der westlichen Welt ist es — „Military-Review“ zufolge — zu einer erregten Auseinandersetzung über die Frage gekommen, warum die Alliierten im Jahre 1945 nicht mit allen Mitteln verhütet hätten, daß der Roten Armee wertvollste und einmalige deutsche Geräte und Forschungsberichte in die Hände fielen.

Unter anderem wurden genannt: der „Schnorchel“, das „Saenger-Projekt“, die Junkers-Werke in Dessau und Dornberg einschließlich aller dazugehörigen Forschungslaboratorien, die Siebel-Werke in Halle, vor allem aber das erste Raketenflugzeug der Welt, die von Prof. Dr. Alexander Lippisch konstruierte Messerschmitt 163. Von letzterem, damals schon schrecklichen Flugzeugtyp, habe 1945 nur eine einzige einsatzfähige Gruppe bestanden, die unter Führung des Eichenlaubträgers Wolfgang Späte in Brundis bei Leipzig stationiert war. Die US-Truppen hätten Leipzig und auch Dessau zuerst besetzt, um dann alles, was an Wertvollem noch erhalten geblieben, den nachrückenden Sowjets in die Hände zu spielen.

Stärkste Luftwaffe

Die Rote Luftwaffe hätte 1945 noch nicht einmal gewußt, was ein Rückstoßflugzeug ist. Sie besäße aber heute dank der deutschen, vor allem aber alliierten „Hilfe“, schätzungsweise die zahlenmäßig stärkste und die an Einsatzleistung zweitstärkste Schlagkraft der Welt. Das wäre zu vermeiden gewesen, wenn die Alliierten sich 1945 mehr Gedanken über die absolute Gleichartigkeit aller Diktaturen gemacht hätten und dementsprechende Entschlüsse gefaßt worden wären. Schließlich habe Göring seinem „Verbündeten“, dem Japaner, auch nicht die Me-262 auf dem Servierteller überreicht. Die Geschehnisse von

Ein Beispiel

Ein Mensch, umsäumt von Häusertrümmern, läßt sich davon nicht sehr bekümmern. Doch bringt sofort ihn aus der Ruh ein ulziger Stein — in seinem Schuh.

EUGEN ROTH

1945 hätten so zu einem Teil mit dazu beigetragen, daß die Sowjets heute in der Lage sind, mit politischer Aggressivität unter dauerndem Hinweis auf ihre militärische „Fortschrittlichkeit“ die Welt in Angst zu versetzen und Konflikte zu schüren.

Tatsächlich war die Messerschmitt 163, die Prof. Lippisch nach fünfzehnjähriger Forschungsarbeit konstruierte, das erste flugfähige Raketenflugzeug der Welt und das erste bemannte Flugzeug überhaupt, das schon im Mai 1941 schneller flog als tausend Stundenkilometer. Auf dem Versuchsluftfeld Peenemünde erreichte der Flugkapitän Dittmer nach mehreren vorangegangenen Versuchen am 10. Mai 1941 während eines von Theodorlithen nachgemessenen Fluges 1004 Stundenkilometer, eine für damalige Zeit unerhörte Leistung, die erst im Jahre 1947 in den USA überboten werden sollte.

Besondere Eigenheiten

Die Me 163 oder das „Kraffteier“, wie sie auch genannt wurde, hatte jedoch einige besondere Eigenheiten, die die deutschen Luftwaffenexperten zunächst nicht sehr begeisterten und in Wirklichkeit die Ursache für die Tatsache waren, daß das erste Raketenflugzeug der Welt

von 1941 bis 1944 mehr oder weniger als reine Versuchstypen „auf Eis“ lag und nicht zum defensiven Einsatz kam.

Zunächst einmal hatte das schwanzlose, gedrängte Flugzeug nur für höchstens sechs Minuten Treibstoff. Nach drei Minuten Flugzeit aber waren von dem Wunderflugzeug mit enormer Steigfähigkeit bereits 10 000 Meter Höhe erreicht. Das bedeutet rein einsatzmäßig für den Abwehrangriff einfliegender Kampfverbände, daß die Me-163 erst dann zu starten brauchte, wenn diese Verbände — oder ein Teil von ihnen — in unmittelbarer Nähe des Flughafens vorbeiflogen. Im fast senkrechten Steilflug mit 800 Stundenkilometer mußte gezielt und geschossen werden. Dasselbe anschließend im Sturzflug noch einmal. Saß ein geübter Pilot am Steuer, so war der Erfolg unausbleiblich. Allerdings erfolgte die anschließende Landung im reinen Gleitflug ohne weiteren Antrieb. Das setzte einmal ei-

Eine „Spezialität“ der Frauen

Warenhausdiebstahl: Alle haben die gleiche Ausrede

Es geschah noch in den Tagen der Rationierung, in einem Warenhaus. Der Mann, der um die Vitrinen schlenderte, bemerkte eine Frau, die nach einem Paar Schuhe griff. Sie war einfach angezogen und schien sich nicht viel leisten zu können. Er sprach sie an: „Wünschen Sie ein Paar?“ Die Frau war offensichtlich überrascht. „Ja“, sagte sie dann zögernd. „Warten Sie draußen auf mich“, raunte der Unbekannte ihr zu, „Ich komme sofort.“

Die Frau bedankte sich lächelnd. „Ich will sie mir doch lieber vom Verkäufer geben lassen.“ Der Mann zuckte die Schultern und ging langsam fort. Als er sich draußen umsah, bemerkte er, daß die Frau ihm folgte. Er blieb stehen. „Sie haben also Ihre Meinung geändert?“ fragte er und zog ein Paar Damenschuhe aus der Manteltasche. „Achthundert Geschenkt, wie?“ — „Kommen Sie sofort mit!“ sagte die Frau energisch. „Ich bin Detektivin und nehme an, daß Sie noch andere Dinge bei sich haben, die Sie nicht bezahlt haben.“

Das war ihr Debüt. Sie war damals zwar noch nicht Detektivin, aber sie wurde es. Das Warenhaus stellte sie an, und seitdem wacht sie über die Waren des Kaufhauses. Ihre Erfolge sind mustergültig.

„Der Warenhausdiebstahl ist eine Frauenspezialität“ erzählt die Detektivin. „Meine Beobachtungsgabe konnte ich in dieser Zeit so entwickeln, daß ich die Absicht meist schon vor der Ausführung des Diebstahls erkenne. Es sind die Augen, die die Absicht verraten, und oft auch die Hände, deren Unruhe den meisten Diebinnen gemeinsam ist. Hat die Diebin den Gegenstand ihrer Wahl ins Auge gefaßt, sieht sie sich zuerst nach einem etwaigen Aufpasser um; fühlt sie sich sicher, so wartet sie, bis der Verkäufer mit einer Kundin beschäftigt ist, die nicht selten zu ihr gehört und das Personal ablenkt. Nach dem Diebstahl lasse ich die Diebin völlig in Ruhe. Ich halte sie erst auf der Straße an, denn sie haben fast alle

den großen Flughafen und zum anderen einen Schirm von normalen Jagdflugzeugen über dem Heimatflaf voraus, denn die Landung war der schwächste Moment der Me-163.

Nun erbeutete die Rote Armee eine ganze Reihe solcher „Kraffteier“. Und im Junkerswerk Dessau, wo die Me-163 mit verschiedenen Verbesserungen noch bis zum April 1945 hergestellt wurde, auch sämtliche Konstruktionspläne und Werkzeugmaschinen für diesen Typ, ganz zu schweigen von der im Bau befindlichen Überschall-Raketenmaschine DFS-346.

Spezial-Jäger-Vorhang

Nachdem sich etwa 1/3 der Dessauer Belegschaft in der Sowjet-Union befinden, ist es selbst für den Laien nicht schwer, sich auszumalen, was aus dem ersten Raketenflugzeug der Welt inzwischen geworden ist.

Wenn die Rote Luftwaffe auf jedem Flughafen entlang der möglichen Einflugrouten alliierter Bomberverbände nur je 20 Kraffteier stationiert hat, dürfte es kaum möglich sein, diesen Spezial-Jäger-Vorhang zur durchbrechen. Denn gegen bemannte Raketen ist kein Kraut gewachsen.

Rekord New York-London

LONDON. In einer Flugzeit von 7 Stunden 48 Minuten hat Flugkapitän Charles Blair von den Pan-American-Airways am Mittwoch einen neuen Rekord für die 5600 km lange Flugstrecke New York-London aufgestellt. Blair war im Morgengrauen um 4.50 Uhr ostamerikanischer Zeit (10.50 Uhr MEZ) mit einem mit Zusatztank versehenen Mustangjäger von New York aufgestiegen und landete um 18.38 Uhr MEZ auf dem Londoner Flughafen. Die Durchschnittsgeschwindigkeit über dem Atlantik betrug 720 km/std. Der bisherige Rekord für die Strecke war am 22. November 1949 von einem mit 24 Flugbläsen besetzten Stratosphärenkreuzer der gleichen Luftlinie in 8 Stunden 55 Minuten aufgestellt worden.

Neue Form der Selbstkontrolle

WIESBADEN. Vertreter der westdeutschen Filmwirtschaft, der evangelischen und der katholischen Kirche und Beauftragte der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder einigten sich am Montag auf eine neue Form der Filmselbstkontrolle.

Größte Flottenmanöver

LONDON. Drei britische und amerikanische Flottenverbände sowie britische Flugverbände auf Malta werden am 12. und 13. Februar im Mittelmeer die bisher größten Flottenmanöver seit Kriegsende abhalten. Die auf Malta stationierten Flugzeuge sollen Angriffe auf die schweren Kreuzer, Flugzeugträger und Zerstörer vor-täuschen.

50jähriges Staatsjubiläum

SYDNEY. Australien feierte am Montag das 50jährige Bestehen des australischen Staates. Gleichzeitige sind es 163 Jahre her, daß die ersten weißen Kolonisten auf dem 5. Erdteil ankamen.

„Schwarzer“ Himmel

NEU DELHI. Heuschreckenschwärme von über 15 km Länge wurden am Montag in Neu Delhi auf dem Fluge nach Norden in die Getreidegebiete der Provinz Pandschab geschickt. Die Verkehrsflughafen wurden in diesen Gebieten stark beeinträchtigt.

Versuchskaninchen

SAN FRANZISKO. Der amerikanische Flugzeugträger „Independence“, der bereits bei zwei Atombombenexperimenten als „Versuchskaninchen“ gedient hat, ist jetzt vor der kalifornischen Küste bei einem Versuch mit neuen Waffen versenkt worden.

Hitlers Granit an Moskau verkauft

STOCKHOLM. 6000 Tonnen schwedischen Granits, die Hitler für die Errichtung eines Siegesdenkmals bestellt hatte, sind jetzt für eine Million Schwedenkronen an die Sowjetunion verkauft worden. Über die Verwendung ist nichts bekannt.

Eisenbahn und Neonlicht

HAMBURG. Den ersten Personenzug mit Neonlicht hat die Bundesbahn auf der Hamburger Vorortstrecke Altona-Elmshorn eingesetzt.

Angriffe auf die letzten Geheimnisse

Dreißig Expeditionen suchen nach wissenschaftlichen Schätzen

Kaum daß sich die Welt von den Schrecken des letzten Krieges erholt hat, sind auch die Wissenschaftler aus der Stille ihrer Laboratorien und Studierzimmer aufgebrochen, um den ewigen Kampf um die Geheimnisse dieser Erde aufzunehmen, wo sie ihn vor zehn Jahren unterbrochen mußten. Es ist ein Zeichen für einen gewissen Optimismus, daß an vielen Stellen der Erde wieder gegraben, gemessen und beobachtet wird, während sich schon wieder die Wolken der politischen Gewitter am Horizont zeigen.

Da sind zunächst die Wetterfrösche, die sich die meteorologischen Hexenküchen, das sind die beiden Polargebiete, vorgenommen haben. Auf dem 2000 m hohen Eisgebirge der Insel Grönland arbeiten zwei französische Expeditionen, die die klimatischen Bedingungen untersuchen und gleichzeitig die geologischen Verhältnisse der unter der grönländischen Eiskecke liegenden Gebirgsketten erforschen wollen. Von den Ergebnissen dieser Arbeiten erhofft man sich einige Aufklärung für die Tatsache, daß Amerika und ebenso Afrika und Europa unter deutlichen Dürre-Erscheinungen zu leiden haben.

Ähnliche Aufgaben haben die Geologen und Meteorologen, die schon seit Jahresfrist im Auftrage der amerikanischen und kanadischen Wehrmacht Abschied von der Zivilisation genommen haben und sich um eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme und vor allem eine kartographische Vermessung der nördlichen Spitze Amerikas, der Halbinsel Alaska und des Yukongebietes bemühen. Es ist kein Geheimnis, daß dabei auch die militärische Verteidigung dieser Gegenden gelegt werden. Schon im letzten Jahr mußten ausgewählte Spezialkommandos der amerikanischen und kanadischen Marine und Luftwaffe auspro-

bieren, wie Mensch und Material die enormen Kältegrade jener Gegenden vertragen.

Auf der anderen Seite der Erde, am Südpol, herrscht ein noch größeres „Gedränge“ neugieriger Wissenschaftler. Im letzten Sommer ist eine große internationale Expedition, bestehend aus Norwegern, Schweden und Engländern, an der Küste des Queen-Maud-Landes eingetroffen und hat sich auf den Weg zu den mysteriösen eisfreien Seen inmitten des Polareises gemacht. Diese eisfreien Seen wurden bereits 1938 von einem deutschen Flugboot gesichtet; und ihre Existenz später auch von der Expedition des bekannten amerikanischen Südpolforschers Admiral Byrd bestätigt. Der Südpol wird gleichzeitig von französischen, chilenischen, argentinischen und australischen Gruppen bestürmt — im ganzen sind es sechs Expeditionen.

Interessanter und angenehmer mag es bei den vielen Expeditionen zugehen, die den Spuren vergangener Reiche und Zeiten mit dem Spaten der modernen Wissenschaft folgen. Ihr bevorzugter Tummelplatz ist der nahe Osten und die angrenzenden Länder. In Indien geht es dabei um das „Troja Asien“, die siebenmal übereinander gebauten Siedlungen von Mohenjo Daro im Indus, wo man reiche Beute an Zeugnissen versunkener Kulturen macht. In Afghanistan ist es die „Wüste des Todes“, wo eine Expedition des New Yorker Museums für Naturgeschichte große Teile der alten Stadt Peschawarum ans Tageslicht beförderte. Peschawarum war schon in vorgeschichtlichen Zeiten eine ansehnliche Siedlung, wurde später Garnison Alexanders des Großen und stieg zur Größe einer Weltstadt auf. Etwa im 13. Jahrhundert mußte die Stadt ansehnend verlassen werden, weil die Wasserversorgung nicht mehr ausreichte.

Von besonderer Bedeutung für die Geschichtsforschung ist die Entdeckung des Grabes von König Midas, dem sagenhaften Mann, dem auf Geheiß des Gottes Dionysos alle Dinge zu Gold wurden. Das Grab des Königs Midas ist ein Teil eines großen Ruinenfeldes, in dem die amerikanischen Gelehrten, die im Auftrage der Universität von Pennsylvania arbeiten, die 3000 Jahre alte Hauptstadt Phrygiens vermuten. In den bisher geöffneten Gräbern fand man eine Unzahl von Schmuckstücken, Haushaltgeräten, die zum großen Teil aus reinem Gold bestanden. Die Entdeckung dieser Gräberfelder geht auf die zufällige Beobachtung eines amerikanischen Luftreisenden zurück, dem die Regelmäßigkeit einer Anzahl von kleinen Hügelchen aufgefallen war. Was hier Zufall war, wird aber von den Forschern schon lange im System gemacht: Gebiete, in deren Boden man versunkene Städte und Gräber vermutet, werden aus der Luft fotografiert und vermessen. Die Luftbild-Kamera macht ihre Spuren, die für das menschliche Auge fast unsichtbar sind, wieder deutlich. Auf diese Weise wurden in Süditalien ausgedehnte Gräberfelder und versunkene Siedlungen fest-gestellt.

Ritter ohne Furcht und — Waffen

Diplomaten, die keinen Staat vertreten

In sechs europäischen und amerikanischen Staaten sind Diplomaten akkreditiert, die keinen Staat repräsentieren. Es handelt sich um Vertreter des Malteser-Ordens, jener Ritter, die im 12. Jahrhundert das Schwert zur Verteidigung der Heiligen Stätten in Palästina zogen und sich heute der Krankenpflege und anderen sozialen Aufgaben widmen.

Über die sich auf zahlreiche Staaten erstreckende Arbeit des Ordens ist in der Öffentlichkeit nur wenig bekannt, obwohl Lazarette der Malteser im zweiten Weltkrieg in Deutschland, Frankreich, Belgien und Holland bestanden und sogar Lazaretts des Ordens an der deutschen Ostfront waren.

Der Großmeister des Ordens, Prinz Ludovico Chigi Albani della Rovere, drückte unlängst sein Bedauern darüber aus, daß die im Kriege zerstörte Lepra-Station in Selaciaca (Nordabessinien) noch nicht wieder aufgebaut sei. In diesem Krankenhaus wurden die umfangreichsten Studien der ganzen Welt auf dem Gebiete der Lepra-Bekämpfung betrieben.

In Ostafrika, Italien, Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Irland und Österreich ist die Tätigkeit des Ordens nach dem Kriege unverändert weitergeführt worden, und vor kurzem wurden in Haiti und auf den Philippinen Krankenhäuser eröffnet.

Während der Kreuzzüge wurde dieser älte-

ste geistliche Ritterorden der Welt als Johanniterorden in Jerusalem gegründet. Neben der Verteidigung der palästinensischen Heilig-tümer widmeten sich die Ordensritter im 13. und 14. Jahrhundert den rund 140 Gütern im heiligen Lande. Von dort vertrieben, siedelten sich die Ritter auf der Insel Zypern und später auf Rhodos an und nannten sich Rhodosserritter. Nach schweren Kämpfen mit den Türken mußten sie schließlich Rhodos verlassen und ließen sich unter Kaiser Karl dem V. im Jahre 1530 auf Malta nieder, unter der Bedingung, stets gegen die Ungläubigen zu kämpfen. Nach der Erfüllung dieser Aufgabe ging die Bedeutung des Malteserordens zurück, der in der Folgezeit ausschließlich caritative Arbeit leistete.

Während des Heiligen Jahres nahmen zahlreiche Ritter des Malteserordens an den Feierlichkeiten in Rom teil. In ihren weißen Mänteln mit dem roten, achtspitziigen Tugendkreuz fielen sie allgemein auf. Die aus vielen Ländern der Welt kommenden Ritter wurden u. a. auch von Papst Pius XII. empfangen, der sich über die Arbeit zum Wohle der Menschheit berichten ließ.

Bunter Welt-Spiegel

Wenn man dem Bericht einer Wiener Zeitung Glauben schenken darf, sind die Wiener unzuverlässige Ehemänner — oder die Wienerinnen mißtrauische Ehefrauen. Sie berichtete nämlich, daß 80 Prozent aller Aufträge, die Wiener Privatdetektive erhalten, von verheirateten Frauen erteilt werden, die ihre Männer bewachen lassen wollen.

Nach dem berühmten Ulmensterben, dem in Europa unzählige Bäume zum Opfer fielen, breitet sich nunmehr in Amerika ein Eichensterben aus, dessen Ursachen noch nicht erkannt und bekämpft werden konnten. Selbst starke Bäume werden durch die Krankheit in wenigen Wochen zum Absterben gebracht.

Der vielgelesene amerikanische Dichter Zane Grey ist jetzt 11 Jahre tot, aber noch immer erscheinen unter seinem Namen neue Bücher. Soeben ist das achte seiner nachgelassenen Werke herausgekommen. Die Witwe des Dichters erklärt, daß mindestens noch zehn folgen werden. Die Kritik hält dafür, daß Zane Grey im Grabe

noch weiterschreibt, denn 18 nachgelassene Bände sind bisher noch nicht dagewesen.

Ein brennender Vogel, der vom Himmel stürzte, setzte eine größere Grasfläche in Kansas in Brand. Es handelt sich um einen Adler, der sich offenbar auf einer Hochspannungsleitung niedergelassen hatte, wobei sein Federkleid in Brand geriet.

Die Londoner Stadtviertel haben sich zur Abschaffung der elektrischen Straßenbahnen entschlossen. Bis zum Oktober 1952 sollen sie alle durch Autobusse abgelöst sein. Den Anfang macht Westlondon, wo bis zum Herbst 1950 Trams durch 1000 Busse ersetzt werden.

125 000 Pakete Apfelschalente, die nach der Währungsreform unverkäuflich geworden waren, übernahm ein Schweinezüchter zur Schweinemast. Die Tiere gediehen bei dieser neuartigen Fütterungsmethode prächtig. Vermutlich wird die „Teewurst“ von diesen Schweinen besonders wohlischmeckend sein.



„Oh je, Mutti ist auf der falschen Seite aus dem Bett gestiegen!“

Soll man Fasnet feiern?

Um es vorweg zu nehmen: Ich bin dagegen. Und zwar nicht aus sittlichen, christlichen, sozialen oder ähnlichen Erwägungen heraus, die man in der Vergangenheit immer wieder mit mehr, meist aber weniger Erfolg gegen das Faschingstreiben ins Feld geführt hat.

Der Fasching ist doch der Versuch, einmal im Jahr aus der Enge und Reputierlichkeit unseres bürgerlichen Lebens herauszuschlüpfen und in einem närrischen Gewand den Vorschriften und Spielregeln dieser bürgerlichen Sittsamkeit ein Schnippchen zu schlagen, die uns zuweilen mehr beengt als wir wahr haben wollen.

Wie wäre es, wenn die UNO, die Parlamente der Staaten, die Regierungen und all die anderen Gremien unseres öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens in Permanenz tagen würden, um in einer Fülle von Verordnungen und Gesetzen das Gegenteil von dem anzuordnen, was sie bisher getan haben.

Glauben Sie nicht auch, daß es dann besser um uns und die Welt stünde? Vorausgesetzt natürlich, daß die so beschlossenen Gesetze nicht umgehend widerrufen würden und das wäre leider zu befürchten!

Liederabend in der Spöhrerschule

Der Liederabend, den die Spöhrerschule für ihre Schüler und Gäste am 29. Januar mit Wilhelm Dürr (Baß-Bariton) und Prof. Hans Brehme (Klavier) veranstaltete, bot mit Schumann und Brahms ein organisch geschlossenes Programm. Er begann mit dem Liederkreis op. 39 (nach Gedichten von J. von Eichendorff) von Robert Schumann, dessen 12 Lieder in ihrem musikalischen und poetischen Ausdruck zu den schönsten Schöpfungen der romantischen Empfindungswelt gehören.

Gechingen zählt 1049 Einwohner

Gechingen. Das Standesamt Gechingen verzeichnete im Jahre 1950 11 Geburten, 5 Eheschließungen und 13 Sterbefälle, darunter 4 Kriegsterbefälle.

Geboren wurden: Ursula Ingeborg, T. d. Malermeisters Otto Böttinger, Wolfgang Georg, S. d. Landwirts Georg Ebling, Uli Albert, S. d. Landwirts Wilhelm Schneider, Klaus Walter, S. d. Landwirts Hugo Böttinger, Günther Erich, S. d. Landwirts Paul Dingler, Inge Ottilie Martha, T. d. Wilhelm Birkner, Gudrun Rosewita, T. d. Kraftfahrers Gerhard Jackson, Karin Christa, T. d. Irmgard Jackson, Erwin Ludwig, S. d. Drechslers Ludwig Böttinger, Armin Karl Hermann, S. d. Mechanikers Arno Betz, Heinz Gottlob, S. d. Malers Gottlob Wacker.

Getraut wurden: Walter Schneider, Elektriker, mit Erna geb. Mörk, Eugen Eßlinger, Werkzeugmacher, mit Irmgard geb. Vetter, Richard Groß, Landwirt, mit Maria Anna geb. Geiger, Arno Betz, Mechaniker, mit Käthe geb. Zukunft, Jakob Staiger, Gärtner, mit Marianne geb. Mörk.

Gestorben sind: Christian Kühnle, 71 J., Heinrich Böttinger, 62 J., Willy Schneider, 4 J., Karl Jung, 76 J., Jakob Schmid, 70 J., Ludwig Quinzler, 78 J., Gottlob Lutz, 78 J., Rudolf Dingler, 51 J., Gottlieb Kühnle geb. Böttinger, 72 J.

Die Gemeinde zählt heute 1049 Einwohner, davon 481 männliche und 568 weibliche. In dieser Zahl sind 104 Ausgewiesene, 38 Flüchtlinge und 43 Evakuierte inbegriffen, die 17,6 Prozent der Einwohnerschaft darstellen.

Das 80. Lebensjahr und mehr haben erreicht: Barbara Mörk geb. Gackenhaimer (88 J.), Luise Ziegler geb. Günther (85 J.), Friedrich Wolf, der immer noch den Dienst als Feldhüter ausübt (84 J.), Luise Schneider geb. Claß (84 J.), Christian Schumacher (82 J.), Adolf Kielwein (81 J.), Amalie Böttinger geb. Gräber (81 J.), Katharine Claß geb. Mößner (81 J.), Gottlob Schneider als Kirchenpfleger (80 J.), Luise Gehring geb. Kappis (80 J.). Der drittälteste Einwohner, Jakob Dengler, der am 6. Januar 1951 seinen 88. Geburtstag feierte, verstarb unerwartet rasch am 14. Januar 1951.

Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1949/50

Ein Vergleich mit der Vorkriegszeit — Durchschnittlich höhere Ziffern

Seit Kriegsende werden der Öffentlichkeit vom Statistischen Landesamt zum erstenmal wieder Zahlen über den Stand des Fremdenverkehrs in Württemberg-Hohenzollern zugänglich gemacht. Die Ergebnisse umfassen das Winterhalbjahr 1949/50, d. h. also die Monate Oktober 1949 bis März 1950, da für diese Zwecke die „Saison-Statistik“ schon seit langem üblich ist.

Als „Fremdenverkehrsgemeinden“ gelten alle Gemeinden, die im Jahre 1939 auf Grund des Gesetzes über den Reichsfremdenverkehrsverband von 1936 zur Meldung ihres Fremdenverkehrs verpflichtet waren. Das sind die, in denen die Zahl der Fremdenübernachtungen regelmäßig 25 Prozent der Einwohnerzahl übersteigt oder in denen ein erheblicher Ausflugsverkehr zu verzeichnen ist.

Table with 5 columns: Kur- und Erholungs-orte, Ver-füg-b. Betten, Frem-de, Über-nacht., Frem-de, Über-nacht. Data rows include Altensteig, Dobel, Enzklösterle, Herrenalb, Nagold, Neubulach, Schömberg.

Table with 5 columns: Zavelstein, Heilbäder, B. Liebenzell, Bad Teinach, Wildbad, Sonst. Fremden-verkehrsgemeinden, Altburg, Bernbach, Birkenfeld, Calmbach, Calw, Ebhausen, Heiterbach, Höfen, Möttlingen, Neuenbürg, Simmersfeld, Walddorf, Wart, Wildberg.

Noch nicht wieder erreicht war der Fremdenverkehr der Vorkriegszeit demnach sowohl der Zahl der Fremden wie der Uebernachtungsziffer nach in Dobel, Enzklösterle, Bernbach, Ebhausen, Möttlingen, Simmersfeld und Wildberg, wobei die Abnahmen in Dobel, Möttlingen und Wildberg weitaus am stärksten waren.

Nun vor dem Landtag

Neuenbürg contra Gräfenhausen

Innenminister Renner nahm Stellung zum Markungsgrenzausgleich

Bebenhausen. (Eig. Bericht.) Auf der 100. Sitzung des Landtags Württemberg-Hohenzollern in Bebenhausen am Dienstag wurde vom Abg. Dittus (CDU) eine Große Anfrage an die Staatsregierung gestellt wegen des Markungsausgleiches der Gemeinden Neuenbürg und Gräfenhausen zur Beschaffung von Baugelände für die Gemeinde Neuenbürg und 2. wegen des inzwischen erfolgten Bauens an der Markungsgrenze von Neuenbürg und Gräfenhausen.

In einem weiten geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung der Markung in Gräfenhausen, der bis in das 13. Jahrhundert zurückging, legte Abg. Dittus die Entwicklung über das Werden seiner Gemeinde dar. Der Abg. sagte, daß nach den örtlichen Verhältnissen die Stadtgemeinde Neuenbürg auf den angestrebten Markungsausgleich zur Beschaffung von Baugelände nicht angewiesen sei. Trotzdem habe das Landratsamt Calw auf Antrag der Stadtgemeinde Neuenbürg die Abtretung von 55 Ar der Markung Gräfenhausen im Austausch gegen 3,41 Ar verfügt.

In Beantwortung der Großen Anfrage erwiderte Innenminister Renner, daß die beiden Fragen des Markungsausgleichs zwischen Neuenbürg und Gräfenhausen und die des zu

nahen Bauens nicht miteinander zu verquicken seien. Der Minister führte aus, es sei nicht wichtig, daß ohne Baugenehmigung gebaut wurde, es sei nur zu nahe an der Grenze gebaut worden. Auch Innenminister Renner ging in seinen Ausführungen bis in das frühe Mittelalter zurück und schilderte, wie Gräfenhausen in der damaligen Zeit die Not des kleinen Ortes Neuenbürg ausgenutzt habe. Er war der Meinung, daß der Markungsausgleich für Siedlungsgelände ordnungsgemäß behandelt worden sei.

Der Minister war der Meinung, daß es in der Zeit der Wohnungsnot unverantwortlich gewesen wäre, wenn man dem Verlangen des Bürgermeisters von Gräfenhausen nachgegeben hätte, die inzwischen begonnenen und zum Teil schon fertiggestellten Bauten wieder abreißen bzw. das Bauen einstellen zu lassen. Der Minister führte ferner aus, daß das Verhalten des Bürgermeisters von Neuenbürg noch geprüft werden müsse.

Landtagspräsident Gengler bedauerte, daß die Frage des Markungsausgleichs und der Beschaffung von Baugelände für Neuenbürg und Gräfenhausen auf die Tagesordnung des Landtags gesetzt worden sei, da der Landtag sich nicht in ein schwebendes Verfahren einmischen könne.

Aus dem Leben unserer Vereine

Ostelsheim. Letzten Samstag hielt der Gesangsverein Ostelsheim im Gasthaus zur „Rose“ seine Generalversammlung ab. Der Jahresbericht des Vorstandes und die Geschäftsberichte des Schriftführers und des Kassierers führten den Anwesenden noch einmal die rege Tätigkeit des Vereins im zurückliegenden Jahr vor Augen. Der gesamten Vorstandschaft mit ihrem bewährten Vorstand Gotthilf Rathfelder an der Spitze wurde durch die Wiederwahl einstimmig der Dank für die geleistete und das Vertrauen für die kommende Arbeit ausgesprochen.

durch Schriftführer Nestle die Verlesung über das Vereinsgeschehen im abgelaufenen Jahr, woraus hervorging, daß der Verein am Jahresende 47 aktive, 39 passive und 7 Ehrenmitglieder zählte. Der Kassenbericht wurde durch Kassierer Müller vorgetragen. Unter Ueberreichung eines Diploms wurden folgende Sänger für 30- und 32jährige Vereinszugehörigkeit zu Ehrenmitgliedern ernannt: Fritz Deuble, Georg Dittus, Ernst Fischer, Georg Gackenhaimer, Christian Gackenhaimer, Wilhelm Müller, Christian Reichardt, Wilhelm Schultheiß, Albert Schultheiß, Georg Widmaier. Chorleiter Otto Hummel dankte den verdienten Ehrenmitgliedern und ermahnte die jungen Sänger, ihrem Vorbild nachzueifern.

Deutscher Gemeindegtag in Freudenstadt

Freudenstadt. Auf Einladung des Präsidenten des Gemeindegtages Württemberg-Hohenzollern, Oberbürgermeister Kalbfell (Reutlingen) hat der Deutsche Gemeindegtag seine 10. Präsidialsitzung auf den 2. und 3. Februar 1951 nach Freudenstadt einberufen. Auf dieser bedeutsamen Arbeitstagung, an der Vertreter aller Landesverbände der kreisangehörigen Städte und Gemeinden des Bundesgebietes teilnehmen, werden die Bundesminister Dr. Lukaschek und Wildermuth über die vordringlichsten Probleme ihres Arbeitsbereiches, Innenminister Renner, Tübingen, zu einigen grundsätzlichen kommunalen Fragen und Regierungsbaudirektor Ziegler, Tübingen, über Landesplanung, Wohnungsbau und Flüchtlingsunterbringung sprechen.

Im Spiegel von Calw

Ständchen für Rektor i. R. Beutel

Einer der ältesten Calwer Bürger, Rektor i. R. Beutel, konnte am vergangenen Mittwoch sein 85. Lebensjahr vollenden. Die Chorvereinigung „Liederkranz-Concordia“ brachte dem langjährigen Dirigenten des „Liederkranzes“ und jetzigen Ehrenpräsidenten der Chorvereinigung am Abend seines Geburtstages ein Ständchen, das dem betagten Jubilar sichtlich Freude bereiteite.

Gesellenprüfungen im April und Mai

Im Bezirk Calw finden die Frühjahrgesellenprüfungen im April und Mai statt. Die in diesem Jahr erstmalig wieder durchgeführte Lossprechungsfeier der gesamten Bezirks-handwerkerschaft ist für Ende Mai in der Turnhalle am Brühl vorgesehen.

Schon um 13.30 Uhr!

Wie wir in unserer Montagsausgabe bereits berichteten, findet heute im „Saalbau Weiß“ die Mitgliederversammlung des Fleckviehzuchtverbandes Calw statt. Ihr Beginn ist auf 13.30 Uhr (und nicht auf 14 Uhr, wie wir meldeten) festgesetzt.

Eisenbahnsingchor feiert Fasnet

Der Eisenbahnsingchor Calw hält morgen abend ab 19.29 Uhr im „Saalbau Weiß“ seine diesjährige Faschingsveranstaltung ab.

Monatsumkommen der Briefmarkensammler

Nächsten Sonntag, 4. Februar, 15 Uhr, findet im „Saalbau Weiß“ die Monatsumkommen der Briefmarkensammler statt. Die Mitglieder werden gebeten, Ausstellungsstücke für die geplante Briefmarkenausstellung mitzubringen. Gäste sind willkommen.

Hauptversammlung des SV. Calw

Der Sportverein Calw von 1946 hält am Samstag, 10. Februar, um 20 Uhr im „Saalbau Weiß“ eine Hauptversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen folgende drei Punkte: 1. Rechenschafts- und Kassenbericht, 2. Weiterführung des Turnvereins von 1946 und des Fußballvereins von 1912, 3. Verschiedenes.

Fundgegenstand: eine Wolfshündin

Vergangenen Donnerstag ist eine Wolfshündin hier herrenlos aufgefunden worden. Ihr Besitzer soll sich mit dem Fundamt Calw (Telefonzentrale im Calwer Rathaus) in Verbindung setzen.

Zu 20 Jahren Haft begnadigt

Wie wir erfahren, wurde der in Landsberg inhaftierte und ursprünglich zum Tode verurteilte Eugen Steimle (Neubulach) nunmehr zu 20 Jahren Haft begnadigt.

Dies und das aus Althengstett

Althengstett. In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderat die Einlegung einer Zement-Rohrleitung in den unterhalb des Gasthauses zum „Hirsch“ vorhandenen Wassergraben der Stammheimer Wiesen vorgegeben. Die Anlieger haben sich zur Mitarbeit bereiterklärt. — Die Instandsetzungsarbeiten am Farrenstall-Gebäude, Lehrerwohngebäude Gommel, Rathaus und am Schulgebäude wurden an die hiesigen Malerbetriebe Welk, Fröhmeyer und Lenz auf Grund des eingereichten Angebots in Auftrag gegeben. Mit den Grabarbeiten für die Kanalisation an der Gehlinger Straße wird kommenden Montag begonnen. Die Umleitung ist über die Friedhofstraße vorgesehen.

Nächste Kleintier-Kreisschau in Calw

Höfen. Der Kreisverband der Kleintierzüchter des Enz-Nagold-Kreises hielt am Sonntag im Gasthaus zum „Ochsen“ in Höfen seine jährliche Hauptversammlung ab. Der erste Vorsitzende Paul Mayer (Calw) begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und konnte in seinem Jahresbericht erfreuliche Zuchtergebnisse des Jahres 1950 mitteilen. Auch die in Wildbad in vorbildlicher Weise durchgeführte Kreisausstellung zeugte von großem züchterischem Fleiß und Können, so daß der vorkriegsmäßige Hochstand unserer Zucht im Enz- und Nagoldtal bald wieder erreicht sein wird.

Der Kassenbericht zeigte einen erfreulichen Kassenstand. Die anschließend durchgeführte Kassenprüfung erwies sich als einwandfrei, so daß dem Kassierer volle Entlastung erteilt werden konnte. Der zweite Vorsitzende, Rot (Calw), gab anschließend einen Bericht über die am 8. Oktober 1950 in Nagold abgehaltene Schulung der Kaninchenzüchter und über die ebenfalls in Nagold am 12. November abgehaltene Versammlung der Angorazüchter, die leider nur schwach besucht war.

Die Neuwahlen ergaben folgendes Ergebnis: erster Vorsitzender: Philipp Rummel (Birkenfeld), zweiter Vorsitzender: R. Rot (Calw), Kreiskassierer: Bohnberger (Neuenbürg), Kreisschriftführer: Wieland (Birkenfeld), Zuchtwerbewart für Geflügel: Bauschlicher (Birkenfeld), Zuchtwerbewart für Kaninchen: Dengler (Liebelsberg) und Wolfshühnerwart: Hild (Calw).

Die kommende Kreisausstellung für Geflügel und Kaninchen wurde dem Kleintierzüchterverein Calw übertragen und wird am 1. und 2. Dezember 1951 in Calw abgehalten werden. Die jährliche Herbstversammlung wird am 7. November 1951 im „Saalbau Weiß“ in Calw stattfinden. f. w.

Mitteilung

Der Bautechniker Alfred Klotz in Bieselsberg legt Wert auf die Feststellung, daß er mit dem in unserem Gerichtsbericht vom 26. Januar („Mysteriöse Geistesschwäche“) genannten „Bautechniker aus B.“ nicht identisch ist.

Der Sport am Sonntag

Bezirksklasse

Wildbad—Calw (Freundschaftsspiel)

Die Nagoldtöler reisen am kommenden Sonntag nach Wildbad und tragen gegen die Kurstädter ein Freundschaftsspiel aus. Die Enztäler führen in ihrer Klasse die Tabelle an und verfügen über eine gut eingespielte Elf, in der besonders die hinteren Reihen und die beiden schnellen Flügelstürmer hervorstechen. Der Schwerpunkt des Spieles wird nun bei den beiden Angriffsreihen liegen. Wenn die Nagoldtöler bestehen wollen, so müssen sie sich gewaltig strecken und vor allem kämpferisch wie spielerisch eine sehr gute Leistung zeigen. Sehr wahrscheinlich wird aber mit einem knappen Sieg der Gastgeber zu rechnen sein.

Neuenbürg—Altbürg

Altbürg hat am vergangenen Sonntag weit unter seiner sonstigen Form gespielt und wird bei dem Tabellenführer Neuenbürg mit einer Niederlage rechnen müssen. Die Enztäler sind spielerisch ihren Gästen weit überlegen und können nur mit einem betonten defensiven Spiel, in dem der Angriff noch elastisch genug ist, das gegnerische Tor bedrohen. Der Ausgang des Spieles hängt wesentlich von der Form und Aufstellung der Gäste ab; vermutlich wird aber Neuenbürg einen klaren Sieg herausspielen.

Unterreichenbach—Schwann

Ob den Nagoldtälern gegen Schwann der erste Sieg gelingen wird, ist noch abzuwarten. Auf jeden Fall werden sich beide Tabellenletzte einen hartnäckigen Kampf liefern, in dem die Platzbesitzer mehr Aussichten haben, wenn sie ihre vorhandenen guten Kräfte ge-

schickt in die Mannschaft einzubauen verstehen. Die Stärke der Gäste liegt in den rückwärtigen Reihen, sie sind aber im Mannschaftsspiel den Einheimischen etwas voraus. Trotzdem sollte mit etwas Glück Unterreichenbach knapp gewinnen.

Feldrennloch—Unterreichenbach

Die Nagoldtöler stehen in Feldrennloch wiederum vor einer sehr schweren Aufgabe, die kaum ohne eine Niederlage zu lösen sein wird. Es wäre für die Gäste vielleicht ratsam, ihre vorhandenen guten Kräfte geschickter in die Abwehr des Mannschaftskörpers einzubauen und mehr aus der Defensive heraus die Angriffe einzuleiten. Nur so haben sie vielleicht die Möglichkeit, gegen die besseren Platzherren zu bestehen. Beide Partner werden sich ein spannendes Treffen liefern, das eventuell mit einer Punkteteilung enden kann.

A-Klasse

Neubulach—Egenhausen

Die Neubulacher haben am vergangenen Sonntag gegen Efringen gezeigt, daß sie zu spielen und auch zu kämpfen verstehen. Bei einigem Schußglück der Platzherren und bei gleichem Kampfgeist wie am Vorsonntag sollte es ihnen gelingen, die ebenfalls bei der Schlußgruppe liegenden Gäste aus Egenhausen zu besiegen.

Gechingen—Stammheim

Dieses Treffen trägt lokalen Charakter und war zu allen Zeiten von den Fußballfreunden beider Gemeinden gut besucht. Ob es Gechingen gelingen wird, wenigstens ein Unentschieden und damit einen Punkt auf eigenem

Platz zu retten, ist recht fraglich geworden. Die Gäste vom benachbarten Stammheim haben durch den Sieg über Emmingen am Vorsonntag mächtig Auftrieb bekommen und dürften wohl sicher gewinnen. Doch müssen die Tücken des fremden Platzes einkalkuliert werden.

Beihingen—Bad Liebenzell

Daß in Beihingen nicht leicht zu gewinnen ist, haben die sonst recht kampfstarken Halterbacher erfahren müssen. Trotz aller Anstrengungen gelang es ihnen nicht, am vergangenen Spieltag wenigstens eine Punkteteilung zu erreichen. Ob Liebenzell die Beihinger Hürde nehmen kann? Bei einigem Glück und einer geschlossenen guten Mannschaftsleistung, wie sie die Badstädter gegen Schömberg zeigten, wäre sogar ein knapper Sieg nicht ganz ausgeschlossen.

Oberschwandorf—Emmingen

Die Platzherren werden sich die Chance des Heimspiels nicht entgehen lassen, um ihren Verfolger Emmingen weiter abzuschütteln. Die Verlustpunkte der Gäste vom vergangenen Spiel gegen Stammheim haben den bisherigen Tabellenzweiten mit Althengstett gleichgesetzt. Es wird ein sportlich fares und vor allem schnelles Spiel erwartet. Wenn man den Gästen eine Chance einräumen will, so könnte man außerdem auf ein glückliches Unentschieden tippen.

Efringen—Althengstett

Die Efringer haben den großen Vorteil des eigenen kleinen Platzes, der schon so mancher spielstarken Mannschaft zum Verhängnis wurde. Da beide Vereine ziemlich gleichwertig spielen — wobei man den Gästen den beweglicheren Sturm zubilligen muß, ist es nicht leicht, auf die vermutliche Siegermannschaft

zu tippen. Ein Unentschieden liegt durchaus im Bereich der Möglichkeiten, doch ist eine Überraschung ohne weiteres möglich.

Halterbach—Schömberg

Dieses Spiel dürfte eine klare und eindeutige Angelegenheit der Platzherren werden. Ihre Stärke zeigt sich am deutlichsten bei Heimspielen, wo schon wesentlich besser platzierte Mannschaften Federn lassen mußten. Schömberg wird gut tun, seine Verteidigung zu verstärken, um den bekannt guten Schömberger Schlußmann etwas zu entlasten; er wird sowieso noch eine Menge Arbeit haben.

Unsere Gemeinden berichten

Bad Teinach. Die Ergebnisse der Bodenschätzung in Bad Liebenzell, Deckenpfronn, Gechingen und Nagold-Iselshausen liegen seit gestern bis Monatsende bei Dipl.-Landwirt Ernst, Bad Teinach, Röttenbacher Weg 117, auf.

Rotfelden. Die Molkereigenossenschaft Rotfelden will in absehbarer Zeit eine eigene Baulichkeit für die Molkerei erstellen. Bisher war die „Molke“ in der Dorfwaschküche untergebracht. Ueber die Wahl des Bauplatzes ist man sich jedoch noch nicht einig.

Nagolder Viehmarktbericht

Nagold. Auf dem Viehmarkt am letzten Montag herrschte bei guter Zufuhr ein reger Verkaufsbetrieb. Es wurden folgende Preise erzielt:

	Zugeführt	Verkauft	Preis
Kühe	8	5	600—900 DM
Kalbinnen	34	22	900—1200 DM
Rinder	10	7	250—400 DM
Läufer	235	207 Paar	132—156 DM
Milchschweine	25	19 Paar	100—130 DM

Neuhengstett, den 1. Februar 1951

Todesanzeige

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Daniel Charrier

im 57. Lebensjahr ganz unerwartet rasch von uns gegangen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familien Gayde und Kriebler.

Beerdigung Samstag nachmittag 14.30 Uhr

SPORTVEREIN CALW v. 1946 e. V.

Der Verein ladet seine Mitglieder zur

Hauptversammlung

am Samstag, den 18. Februar 1951, abends 20 Uhr in den Saalbau Weis freundlichst ein.

Tagesordnung:

1. Rechenschafts- und Kassenbericht.
2. Weiterführung des Turnvereins von 1946 und des Fußballvereins von 1912.
3. Verschiedenes.

Calw, den 31. Januar 1951. Der Ausschuß.

Heilpraktiker Hans Bay,
Calw, hält ab 5. Februar

Jeden Montag

von 9 bis 5 Uhr

Sprechstunden

in Igelstoch

(ehemalige Praxis Silberberger)

GASTHOF ZUM „GOLDENEN FASS“, BAD TEINACH

Auf Samstag, 3. Februar laden wir zum

Kappenabend und Tanz

Anfang 17 Uhr ein. Alex Haur und Frau

PFANNKUCH

Vollmild-Erdauss-

Schokolade

100 g Tafel	-.65
Vollmild-Schokolade 100 g Tfl.	-.75
Pfefferminz-Bruch 100 g	-.25
Kokosflocken bunt 100 g	-.38
Schokolade-Kokosflocken 100 g	-.48
Krem-Häutchen 100 g	-.42
Bonbons 100 g ab	-.28

Solange Vorrat

PFANNKUCH

Der Damen große Chance...

Bitte, jetzt nicht kleinlich sein (es wird Ihnen nicht schwerfallen)! Denn hier winken Gewinne von bleibendem Wert ... Kleider und Mäntel, Blusen und Röcke ... für lächerlich „kleinen Einsatz“ im

WINTER-SCHLUSS-VERKAUF

Kurt Erber
MODEHAUS

PFORZHEIM, AM SEDANPLATZ

Täglich durchgehend von 8—18 Uhr geöffnet

KURSAAL HIRSAU

SAMSTAG, 3. FEBRUAR 1951

Faschingsball

mit Kostüm-Prämierung Beginn 20.30 Uhr

Zum Faschings-Tanz

am kommenden Sonntag ladet höflichst ein

Gasthaus zum „Bären“, Stammheim

Familie Krämer-Hauser

Am Sonntag, 4. Februar

großer Faschingstanz

im Löwensaal in Würzbach

Beginn 18 Uhr

Sind's die Haare?
Denk an Odermatt

Volks-Theater Calw

DIESE WOCHE ZIELT WIR

Nur drei Tage Fr. bis einschl. So. die bekannte Operette im Film:

Hochzeitsnacht im Paradies

mit dem neuen Liebespaar Joha. Heesters und Claude Farell. Venedig, das Sehnsuchtsziel aller Liebenden und unvergessliche Operettenmelodien werden Sie bei den Abschiedsvorstellungen in der Turnhalle begeistern.

Jugendfrei

Montag, Mittwoch u. Donnerstag keine Vorstellungen.

Am Samstag und Sonntag, den 3. und 4. Februar halten wir

Metzelsuppe

und laden hierzu höflichst ein

Familie Schad,

Gasthaus zur „Jungfer“, Calw

Zum

„Monokeiabend“

am Samstag, 3. Februar Beginn 20.11 Uhr ladet ein

EUGEN SCHAUBLE

Bäckerei und Weinstube Calw, Badstraße 10

Kaufe laufend

Möbel

Jeder Art gegen Kasse bei Lieferung. Erbittet Angebote mit Abbildung u. äußersten Preisen für Wiederverkäufer m. Lieferzeiten unter C 873 an die Calwer Zeitung.

Ca. 15 Zentner

Wiesenheu

sowie 2 Wagen guten Kühmist verkauft Eugen Beck, Calw-Wimb.

Jungstier

8 Monate alt, zu verkaufen. Auskunft die Geschäftsstelle des Blattes.

WINTER-SCHLUSS-VERKAUF



--- denken Sie an

Zinser HERRENBERG

Auf zum frohen

Kappenabend

am Samstag, 3. Februar, ins

Gasthaus z. „Lamm“ Neuhengstett

Beginn 19.59 Uhr.

1 neuer, luftbereifter

Gespannwagen

Ideale

OMNIBUS-

Verbindung

nach

Herrenberg

und zurück.

20—35 Zfr. Tragkr., Pritschenaufbau 1400x2800x260 mm, Leichtstahlbauweise, Eigengewicht: 360 kg mit Kutscherbock u. 2 Bremsen, preiswert zu verkaufen. Fahrzeugbau Karl Schneider, Unterreichenbach Kreis Calw

Guterhaltenen

Zweispännerwagen

mit Leitern

verkauft Julius Flik, Althengstett.

Junghühner

am Legen, verkauft

Otto Ungerer, Hirsau

Verkaufe am Samstag 2-jährigen

Rind

Rohschek, gedeckt und leicht angewöhnt. Rau Taimühle.

mit dem Omnibus-Däuble

Calw Bf. u. Linde ab	8.00	13.15
Stammheim	ab 6.15	11.30

Rückfahrt:

Jetzt täglich ab 11.00 15.15

3% Vergütung erhalten Sie bei Ihrem Einkauf ab DM 45.— 3%

Nützen Sie diese günstigen Möglichkeiten für Ihre Textil-Einkäufe bei

Zinser

Herrenberg